

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales

9. Sitzung
16. Juni 2022

Beginn: 09.06 Uhr
Schluss: 12.14 Uhr
Vorsitz: Sandra Brunner (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Bericht aus der Senatsverwaltung
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0011](#)
IntArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Ehrenamtliche Ankommensstrukturen am
Hauptbahnhof/ZOB/Südkreuz im Rahmen der
Fluchtbewegung aus der Ukraine: aktueller Stand,
Entwicklung und Koordination mit dem Senat**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0029](#)
IntArbSoz

Hierzu: Anhörung

Vorsitzende Sandra Brunner: Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich ganz herzlich Frau Staatssekretärin Träsnea aus der Senatskanzlei. Herr Delius vom Krisenstab der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales begleitet uns heute auch zu dieser Anhörung. – Ansonsten begrüße ich unsere Anzuhörenden: Als Allererstes begrüße ich Frau Iman Abdirizak Abdikarim von Each One Teach One, EOTO e. V. – Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine kleine Besonderheit hinweisen, die wir heute im Ausschuss haben. Frau Abdirizak Abdikarim wird begleitet von Frau Vicky Germain. Frau Germain wird nachher den Redebeitrag, also den Input, für Frau Abdirizak Abdikarim in deutscher Sprache halten, und die Nachfragen wird Frau Abdirizak Abdikarim in englischer Sprache beantworten und wird dabei in der Übersetzung von Frau Germain unterstützt. Insofern hoffe ich auf Ihr Verständnis, dass wir nachher ein bisschen mehr Zeit für die Beantwortung einräumen. – Ich begrüße hier heute bei unserer Anhörung ganz herzlich Herrn Nils von Harlessem als Freiwilligen, Louie Schüth vom Koordinationsteam Berlin Arrival Support und Herrn Roman Herzberg von Mingru Jipen e. V. – Wie bei Anhörungen üblich, gehe ich davon aus, dass alle mit der Liveübertragung, also den Bild- und Tonaufnahmen, einverstanden sind und auch damit, dass wir ein Wortprotokoll machen. – Okay. Dann haben die Koalitionsfraktionen die Möglichkeit, den Besprechungspunkt zu begründen. – Herr Omar, bitte!

Jian Omar (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Guten Morgen und herzlich willkommen an die Anzuhörenden! – Wie wir wissen, leisten auch die ehrenamtlichen Strukturen in Berlin seit dem 24. Februar 2022, seitdem der Krieg in der Ukraine herrscht, enorme Arbeit in der Unterstützung ankommender Geflüchteter, vor allem an den Stationen, wo die Geflüchteten in großen Massen – gerade am Anfang, als die Zahlen sprunghaft nach oben gegangen sind – angekommen sind, sprich: Berliner Hauptbahnhof, Südkreuz und ZOB. Diese ehrenamtlichen Strukturen haben diese Aufgabe auf sich genommen und 24/7 geleistet, dass die Geflüchteten am Anfang gut versorgt werden. Sie stehen auch in guter Zusammenarbeit und in Koordination mit den Strukturen des Senats. Allerdings: Da die Lage sehr dynamisch ist und sich aus dieser Dynamik auch sehr viele Herausforderungen ergeben, kommt es hin und wieder zu Herausforderungen, zu Versäumnissen, und daher stehen wir auch permanent in Kontakt mit den ehrenamtlichen Strukturen. Heute wollten wir dem Ausschuss die Gelegenheit geben, direkt von diesen ehrenamtlichen Strukturen zu erfahren, wie die Situation und wie die Lage ist. – Von daher: Vielen herzlichen Dank, dass Sie da sind! Ich freue mich auf den Austausch.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Herr Omar! – Dann beginnen wir jetzt mit der Anhörung. Vom Senat habe ich das Signal bekommen, dass einleitende Worte nicht ge-

wünscht werden; insofern kommen wir direkt zur Sache. Als Allererstes rufe ich den Input von Frau Abdirizak Abdikarim und Frau Germain auf. – Sie können gerne loslegen, bitte schön!

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): I think we are going to begin with Berlin Arrival Support because they have the precursor for our speech.

Vorsitzende Sandra Brunner: Okay, fine!

Louie Schüth (Berlin Arrival Support, BAS): Sehr geehrte Abgeordnete und Anwesende! Vielen Dank für die Einladung! – Wir sind Berlin Arrival Support, ein basisdemokratisches, selbstorganisiertes Kollektiv aus Privatpersonen. Als wir als ein loser Zusammenschluss von Hunderten und Tausenden Menschen aus Berlin, Deutschland und der Welt am 27. Februar 2022, drei Tage nach Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, an die Bahnhöfe gekommen sind, haben wir uns selber vorgestellt, wie es wäre, mit Sack und Pack, unseren Familien und geliebten Menschen und Haustieren von einem Tag auf den anderen von zu Hause wegzumüssen. Wir haben uns gefragt, was diese schreckliche Situation am anderen Ende einer langen Flucht vielleicht ein bisschen erträglicher machen könnte. Wir wollten freundliche Gesichter sein und in der Muttersprache Hallo sagen, aber was wir vorgefunden haben, waren Hunger, Müdigkeit, Schock, Verwirrung und Ziellosigkeit, und wir haben alles in unserer Macht Stehende getan, um das zu lindern.

Es gab Verwunderung darüber, dass wir die Ersten vor Ort waren, aber gleichzeitig stand es für uns nie zur Debatte, ob wir diese Lücke füllen. Ich glaube, niemand von uns hat damals erwartet, dass wir zwei Wochen lang pro Tag über 20 000 Portionen von Essen ausgeben würden, komplett auf Spendenbasis, oder dass Hunderte Menschen aus Berlin im Hauptbahnhof Schlange stehen würden, um den geflüchteten Familien Übernachtungen anzubieten. Wir haben auch nicht erwartet, dass wir vier Monate später immer noch 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche da sein würden, um Lücken zu füllen, die die staatlichen Strukturen noch nicht abdecken; ganz konkrete Bedürfnisse von Menschen, die aus einer unvorstellbaren Situation kommen und in Deutschland Zuflucht suchen. Wir sind froh darüber, dass in der Zwischenzeit vieles nicht mehr so wie in diesen ersten zwei Wochen ausschließlich auf den Schultern der Zivilgesellschaft liegt und in der Zusammenarbeit in die richtigen Richtungen gelenkt werden konnte. Es ist gut, dass wir in die Arbeit eingebunden werden, solange das nötig ist, und sicherlich ist das auch ein einzigartiges Beispiel für Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Wir sind noch hier – freiwillig, aber eben doch, weil wir uns gezwungen sehen, weiter Lücken zu füllen; Bedürfnisse, die über ein warmes Lächeln und ein zivilgesellschaftliches Zeichen des Willkommens hinausgehen. Eine Lücke, die inzwischen besonders unseren Alltag bestimmt, ist die Versorgung von besonders schutzbedürftigen Gruppen. Wir finden uns täglich in Situationen wieder, in denen sich auf unsere Anwesenheit, unsere Improvisation und unseren besonders individuellen Ansatz, Probleme zu lösen, verlassen wird; Probleme, für die es aber strukturelle Lösungen braucht.

Während einer Schicht am Bahnhof kann uns alles erwarten. Zwei Jugendliche, eine davon minderjährig, kommen abends zusammen am Hauptbahnhof an. Das Kinderschutzteam kann aufgrund der vollen Notübernachtungen leider keine Übernachtung für die beiden finden, vor

allem nicht gemeinsam, und Tegel möchte die 17-Jährige nur mit einer Einverständniserklärung ihrer Eltern aufnehmen. Die befinden sich aber noch in der Ukraine. Die beiden sind extrem erschöpft und sollen jetzt auf einer Bierbank in der Welcome Hall die Nacht verbringen. Unser Housing-Team findet und bezahlt in Absprache mit dem Kinderschutzteam Hotelzimmer direkt am Hauptbahnhof. Oder die offensichtlich traumatisierte Frau, die mitten in der Nacht aus dem Ankunftszentrum in Tegel zu Fuß mit Gepäck zurück zum Hauptbahnhof läuft – im Dunkeln, in einer fremden Stadt, kurz nach der Flucht aus einem Kriegsgebiet – und dann in Tränen aufgelöst vor unserer Anlaufstelle steht. Wir sind die, die es dann übernehmen, schwierige emotionale Situationen zu handhaben und so gut wie möglich zu beruhigen, und über nächste Schritte und Optionen nachzudenken.

Immer wieder betreuen wir auch behinderte Personen. Eine Mutter kommt am Hauptbahnhof an, die auf der Flucht von ihren zwei schwerbehinderten Kindern im Rollstuhl getrennt wurde. Durch Herumtelefonieren stellen wir zufällig die Verbindung her. Die Kinder waren mit dem Bus am ZOB angekommen. Die Malteser dort vor Ort schicken die Kinder ins Ankunfts-zentrum Tegel; wir schicken die Mutter für das Wiedersehen ebenfalls dorthin und rufen auch an, um über die Situation zu informieren. Um die Kinder könne man sich da nicht kümmern, und was uns denn einfiel, sie da überhaupt hinzuschicken – das war die Antwort. Auch blinde Personen wurden mehrfach abgewiesen und letztendlich wieder durch unsere freiwilligen Strukturen individuell versorgt. Das sind jetzt einzelne Beispiele gewesen; aber die von uns, die jeden Tag Stunden am Hauptbahnhof verbringen, können ebenso Stunden damit verbringen, Beispiele von Dingen aufzulisten, die einfach noch nicht funktionieren.

Wir haben diese Berichte und Fälle an die Zuständigen, mit denen wir in Kontakt sind, und über die offenen Kanäle, die uns zur Verfügung stehen, weitergeleitet. Meistens werden diese Berichte Einzelfälle genannt, und ihnen wird auf Einzelfallbasis nachgegangen. Meistens bekommen wir dabei auch keine Rückmeldung, ob und wie sich gekümmert wurde. Die Menge an unseren Erfahrungen zeigt aber deutlich: Es sind keine Einzelfälle. Es ist immer noch ein strukturelles Problem, dass Menschen mit komplexeren Bedürfnissen, besonders schutzbedürftige Menschen, immer wieder durch das Raster des Systems fallen und am Ende wieder vor unseren Freiwilligen stehen, die ihr Möglichstes tun, um individuelle und angemessene Lösungen zu finden.

Es muss stabile Strukturen geben, die dafür sorgen, dass niemand durchs Raster fällt. Das fängt mit psychologischer Betreuung für Geflüchtete und größeren Sprachmittlungskapazitäten direkt am Hauptbahnhof an; die psychologische Betreuung für Geflüchtete gibt es vor Ort bisher gar nicht. Das geht weiter mit detaillierteren Screeningprozessen für Vulnerabilität, in deren Entwicklung und Umsetzung Betroffene und Expertinnen und Experten miteinbezogen werden müssen und in denen Vulnerabilität aller Art auch zentral mit in die Verteilentscheidungen einfließt. Zusätzlich zu den definierten schutzbedürftigen Gruppen nehmen wir in unserer täglichen Arbeit auch Drittstaatlerinnen und Drittstaatler – besonders Black, Indigenous, People of Colour – und Sintize und Romnja als Menschen wahr, die in den existierenden Strukturen vernachlässigt werden und disproportional viele Hürden erfahren.

Vorsitzende Sandra Brunner: Kommen Sie bitte zum Schluss?

Louie Schüth (Berlin Arrival Support, BAS): Wir sind froh, mit EOTO und Mingru Jipen Partnerschaften aufgebaut zu haben, und die Vertreterinnen und Vertreter werden auf diese

Themen noch im Detail eingehen. Wir wollen uns im Idealfall überflüssig machen. Wir wollen eine Hilfe sein, keine Notwendigkeit. Wir sind nur leider immer noch nicht überflüssig. So lange, wie wir täglich die Anlaufstelle für Menschen sind, deren Bedürfnisse aus der Norm fallen, für die das System ausgelegt ist, werden wir gebraucht und sind wir auch weiter da.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Louie Schüth vom Koordinationsteam Berlin Arrival Support! – Jetzt schaue ich mal nach hinten auf die Bank der Anzuhörenden. – Okay, Herr Nils von Harlessem als Freiwilliger. – Bitte schön!

Nils von Harlessem (Freiwilliger): Ich schließe da an, wo Louie Schüth gestartet ist. – Schönen guten Morgen, sehr geehrte Abgeordnete und Anwesende! Danke für die Einladung! Schön, mal die Gesichter zu sehen, die diese Entscheidungen treffen können. – Seit März bin ich als Freiwilliger am Berliner Hauptbahnhof. Ich bin einer von Hunderten Freiwilligen, die jeden Tag da sind; inzwischen haben wir, glaube ich, Zehntausende mal vor Ort gehabt. Mit vielen anderen Helfenden habe ich in den letzten Monaten Strukturen und Prozesse aufgebaut, um den ankommenden Menschen direkt zu helfen und Orientierung und Information zu geben, in der Hoffnung, dass all das nur vorübergehend notwendig sein würde, bis dann die öffentlichen Strukturen übernehmen. Fast 100 Tage später ist unsere Arbeit immer noch notwendig; wir können da nicht weg.

Als Koordinator informiere ich Freiwillige in täglichen Briefings, wie sie effektiv den Geflüchteten am Hauptbahnhof helfen können. Wenn Züge ankommen, organisiere ich mit anderen die Helfenden auf den Bahnsteigen. Wir kümmern uns um Fragen und Probleme der Helfenden und probieren, Lösungen zu finden, wenn es keine einfache Antwort gibt. Das durch diese Arbeit vor Ort von uns gewonnene Wissen muss mehr Einfluss auf Entscheidungen der Verantwortlichen haben. Bisher ist bei mir wiederholt der Eindruck entstanden, dass dies nicht gewünscht ist. Vor Ort am Hauptbahnhof sehe ich nicht die Personen, die Entscheidungen treffen, die uns betreffen, und die diese Entscheidungen zu verantworten haben. Ich sehe nicht, dass Gespräche mit den Menschen vor Ort geführt werden. Es werden sich Zahlen angeschaut und nicht die qualitativen Einblicke direkt vor Ort gesammelt. Ein gemeinsamer Dialog zwischen den Freiwilligen und anderen Partnern im Hauptbahnhof findet nicht wirklich statt.

Im Kontrast dazu steht, dass eigentlich die Zusammenarbeit am Hauptbahnhof selber – also „on the ground“, wie wir es nennen – mit zum Beispiel der Stadtmission, die mit Freiwilligen und Hauptamtlichen vor Ort ist, sehr gut funktioniert; aber all das kann nicht die strukturellen Veränderungen bewirken, die notwendig sind, um die Hilfe effektiv zu leisten. Es braucht zeitnah einen Dialog gemeinsam mit allen Beteiligten – das sind der Arrival Support, die Stadtmission, das DRK, die Senatsverwaltungen und alle weiteren Player –, wie das, was wir mit Freiwilligen leisten, zeitnah in hauptamtliche, tragfähige Strukturen überführt werden kann. Hier ist auch zu berücksichtigen, welche Strategien und Ressourcen bei steigenden Ankunfts- oder Abreisenzahlen am Hauptbahnhof notwendig sind. Ganz kurzfristig benötigen wir Freiwilligen am Hauptbahnhof einen Ort, um unseren Informationsstand und unsere Materialien nachts sicher lagern zu können. Wir können nachts nicht mehr alle Schichten abdecken. Auch unsere Freiwilligen sind nach 100 Tagen müde.

Alle unsere Verbesserungsvorschläge sind auch in dem Acht-Punkte-Papier zusammengefasst, das Ihnen vorliegen sollte. Heute bin ich hier und beantworte gerne all Ihre Fragen, die sich konkret um die täglichen Abläufe am Hauptbahnhof drehen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Herr von Harlessem! – Jetzt wünscht Frau Abdirizak Abdikarim das Wort? – Bitte schön!

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): Thank you to the honourable Elif Eralp for the invitation to speak and thank you to the Staatssekretärin and Senatorin and the honorable members of this committee for your time and for listening to us!

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Vielen Dank an die Abgeordnete Elif Eralp für die Einladung, hier zu sprechen. Ich danke der Staatssekretärin und Senatorin Kipping und den ehrenwerten Mitgliedern des Ausschusses für ihre Zeit und dafür, dass sie uns heute zuhören.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): My colleague and I are here today representing the Community Support for BIPoC Refugees from Ukraine, a joint collaboration supported bei EOTO, ISD Bund, IWS, Migrationsrat and DaMOst. We coordinate with initiatives for Black People, Indigenous People, and People of Colour fleeing the war in Ukraine and receive and direct incoming refugees to community-based and long lasting support structures working in the field of migration, anti-discrimination, mental help, and psycho-social support.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Meine Kollegin und ich sind heute hier und vertreten den Community Support for BIPoC Refugees from Ukraine, eine gemeinsame Zusammenarbeit, die von EOTO, ISD Bund, IWS, Migrationsrat Berlin und DaMOst unterstützt wird. Wir koordinieren uns mit Initiativen für Schwarze Menschen, Indigene Menschen und People of Colour, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, und nehmen ankommende Geflüchtete auf und leiten sie an Community-basierte und langfristige Unterstützungsstrukturen weiter, die in den Bereichen Migration, Antidiskriminierung und psychosoziale Unterstützung arbeiten.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): We began our project on March 1st, 2022 at the Berlin central train station with a BIPoC infopoint that is currently run in collaboration with Berlin Arrival Support. Outside of Hauptbahnhof, we currently provide information on current guidelines, accommodations, language supports, accompaniment to appointments, warm meals, learning spaces, and much more.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Wir haben unser Projekt am 1. März 2022 im Hauptbahnhof mit einem BIPoC-Infopunkt begonnen, der derzeit in Zusammenarbeit mit Berlin Arrival Support betrieben wird. Außerhalb des Hauptbahnhofs bieten wir derzeit Informationen über aktuelle Richtlinien, Unterbringung, sprachliche Unterstützung, Begleitung zu Terminen, warme Mahlzeiten, Lernräume und mehr.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): Since the beginning of this project we have assisted over 17,000 individuals arriving at Hauptbahnhof. Our network supports over 4,500 individuals residing in Berlin and other parts of Germany. This group includes BIPoC Ukrainians, a large number of international students, migrants who lived in Ukraine for work and personal reasons, recognised refugees and asylum seekers, Roma and Sinti individuals, un-

documented and stateless people as well as Ukrainian born children from bi- and multinational families.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Seit Beginn des Projekts haben wir über 17 000 Personen unterstützt, die am Hauptbahnhof ankamen. Unser Netzwerk unterstützt über 4 500 Personen, die in Berlin und anderen Teilen Deutschlands leben. Zu dieser Gruppe gehören BIPOC-Ukrainerinnen und Ukrainer, eine große Zahl internationaler Studentinnen und Studenten, Migrantinnen und Migranten, die aus beruflichen und persönlichen Gründen in der Ukraine lebten, anerkannte Geflüchtete und Asylbewerberinnen und -bewerber, Roma- und Sinti-Personen, Menschen ohne Papiere und Staatenlose sowie in der Ukraine geborene Kinder aus bi- und multinationalen Familiengruppen.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): We speak with parents to reassure them that their underage children who were studying in Ukraine are doing okay, and we have assisted in the safe reception of minors on the move and of parents denied reentry to the European Union after travelling back to Kiev to attain identification documents for their Ukrainian born children.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Wir sprechen mit Eltern, um ihnen zu versichern, dass es ihren minderjährigen Kindern, die in der Ukraine studiert haben, gut geht, und wir haben bei der sicheren Aufnahme von Minderjährigen geholfen, die unterwegs waren, sowie Eltern, denen eine Wiedereinreise in die Europäische Union verweigert wurde, nachdem sie nach Kiev zurückgereist waren, um Ausweispapiere für ihre in der Ukraine geborenen Kinder zu erhalten.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): While our experiences show that this community-led response is both well received and trusted among people who have experienced racialised violence on the move, four months of going above and beyond our capacities of funding and hours in a day is no longer sustainable.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Unsere Erfahrung hat zwar gezeigt, dass diese von der Community getragene Arbeit bei den Menschen, die auf der Flucht rassistisch motivierte Gewalt erlebt haben, gut ankommt und sie ihr vertrauen, aber diese Arbeit, in der wir über unsere Kapazitäten, Finanzmittel und Tagesstunden hinausgehen, ist nicht nachhaltig.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): We cannot continue in this way to fill in where current government structures are unwilling or unable to assume responsibility. The operating capacity of this civil response can no longer be supported by the free time of civilians alone. We need financial support from the government to continue our work, and we need assistance in clarifying the legal landscape.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Wir können nicht so weitermachen und dort einspringen, wo die derzeitigen staatlichen Strukturen nicht in der Lage oder nicht willens sind, Verantwortung zu übernehmen. Die operativen Kapazitäten dieses Einsatzes kann nicht mehr allein durch die Freizeit von Zivilistinnen und Zivilisten getragen werden. Wir brauchen finanzielle Unterstützung von der Regierung, um unsere Arbeit fortzusetzen, und wir brauchen Hilfe bei der Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): The implemented “Pseudo refugee tourist from Ukraine” category has created chaos, adding vulnerability to an already vulnerable group. This category has led to unclear and inconsistent processing by government and private entities. We have documented cases of confusion, misinformation, discrimination, or racial abuse at Tegel, LEA, the social offices, Jobcenter, and while just moving around the city using public transportation. Many of these situations could have easily been avoided by providing all those who flee from the war in Ukraine by the same legal protections.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Die implementierte Kategorie „pseudo-geflüchteter Tourist aus der Ukraine“ hat Chaos geschaffen und eine ohnehin schon besonders vulnerable Gruppe noch verletzlicher gemacht. Diese Kategorie hat auch zu einer unklaren und uneinheitlichen Bearbeitung durch staatliche und private Strukturen geführt. Wir haben Fälle von Verwirrung, Fehlinformationen, Diskriminierung oder rassistischer Behandlung in Tegel, beim LEA, bei den Sozialämtern, beim Jobcenter und bei der einfachen Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel dokumentiert. Viele dieser Situationen hätten leicht vermieden werden können, wenn allen Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, der gleiche rechtliche Schutz gewährt worden wäre.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): Third country nationals must be given access to protection under § 24 of the Aufenthaltsgesetz.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Drittstaatsangehörige müssen Zugang zum Schutz nach § 24 Aufenthaltsgesetz erhalten.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): We also demand a Berlin-based solution for the recognition of available documents for Ukrainian born children of third country nationals and those with expiring documents. Currently, the only way to renew or obtain these documents is for third country nationals to risk their lives and ability to re-enter the EU by travelling to Kiev. The refugee experience is not limited to the validity of a residency permit.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Wir fordern auch eine Berliner Lösung zur Anerkennung vorhandener Dokumente für in der Ukraine geborene Kinder von Drittstaatsangehörigen und Personen mit auslaufenden Dokumenten. Derzeit besteht die einzige Möglichkeit für Drittstaatsangehörige, diese Dokumente zu erneuern oder zu erhalten, darin, ihr Leben und ihre Befähigung zur Wiedereinreise in die EU zu riskieren, indem sie nach Kiew reisen. Fluchterfahrung beschränkt sich nicht auf die Gültigkeit einer Aufenthaltserlaubnis.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): As members of marginalised communities, we speak of problems to resolve problems. While many of the challenges that we have highlighted require collaboration and coordination between the state and federal level, there are decisions that Berlin can make to simplify the process for third country nationals.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Als Angehörige marginalisierter communitys sprechen wir Probleme an, um Probleme zu lösen. Während viele der von uns aufgezeigten Herausforderungen die Zusammenarbeit und Kooperation zwischen der Landes- und der Bundesebene erfordern, gibt es Entscheidungen, die Berlin treffen kann und muss, um das Verfahren für Drittstaatsangehörige zu vereinfachen.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): In Bremen and in Hamburg, hurdles to protection and access to residency have been significantly reduced. Third country nationals in Bremen have an additional six month from August 31st, 2022 to settle in and find work or study options. Both cities have removed the financial restriction for all international students arriving from the Ukraine, making access to education more realistic. In Berlin we too must lower the financial bar for education, open the requirements for work visas, and allow for additional time to fulfill residency requirements as this is still an ongoing and dynamic crisis.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): In Bremen und Hamburg sind die Hürden für den Schutz und den Zugang zum Aufenthalt deutlich gesenkt worden. Drittstaatsangehörige haben in Bremen ab dem 31. August 2022 sechs Monate mehr Zeit, sich niederzulassen und eine Arbeits- oder Studienmöglichkeit zu finden. In beiden Städten wurden finanzielle Beschränkungen für alle internationalen Studentinnen und Studenten aus der Ukraine aufgehoben, wodurch der Zugang zu Bildung realistischer wird. Auch in Berlin müssen wir die finanziellen Hürden für Bildung senken und die Anforderungen für Arbeitsvisa öffnen und zusätzliche Zeit für die Erfüllung der Aufenthaltsbedingungen einräumen, da die Krise noch immer andauert und dynamisch ist.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): The participation of civil society at higher levels of this crisis response has been an outstanding and integral part of addressing this challenge. Radically different to 2015 and 2016, the monitoring feedback and initiative at all levels of civil society from transportation to housing and accompaniment have helped avoid a repetition of the previously recorded events of the crisis response.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Die Beteiligung der Zivilgesellschaft auf der höheren Ebene dieser Krisenbewältigung war ein hervorragender und integraler Bestandteil der Bewältigung dieser Herausforderung. Anders als in den Jahren 2015/2016 haben das Monitoring, das Feedback und die Initiative auf allen Ebenen der Zivilgesellschaft vom Transport über die Unterbringung bis hin zur Begleitung dazu beigetragen, eine Wiederholung der zuvor verzeichneten Ereignisse aus 2015/2016 zu vermeiden.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): Civil society continues to be – –

Vorsitzende Sandra Brunner: Frau Abdirizak Abdikarim! Kommen Sie bitte zum Schluss?

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): Yes, last sentences! – Civil society continues to be an important part of the city-wide response to the influx of refugees coming from Ukraine. We must be included in the conversations and implementations of decisions for establishing clearing centres and housing for vulnerable groups. It is only through the structural support and incorporation of civilian expertise and keeping the channels of communication open and responsive that we can find a way to simply welcome all those fleeing from Ukraine, regardless race, sexuality, gender, or citizenship here in Berlin.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Die Zivilgesellschaft ist weiterhin ein wichtiger Teil der stadtweiten Nothilfe in Reaktion auf den Zustrom von Geflüchteten aus der Ukraine. Wir müssen in die Gespräche und in die Umsetzung von Entscheidungen zur Einrichtung von Clearingstellen und Unterkünften für besonders vulnerable Gruppen einbezogen werden. Nur durch strukturelle Unterstützung, die Einbeziehung von ziviler Expertise und die Aufrechter-

haltung offener Kommunikationskanäle können wir einen Weg finden, um alle Menschen, die aus der Ukraine fliehen, ungeachtet ihrer Race, ihrer Sexualität, ihres Geschlechts oder ihrer Staatsangehörigkeit, hier in Berlin willkommen zu heißen.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): Thank you!

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Abdirizak Abdikarim von Each One Teach One, und auch vielen Dank an Frau Germain für die Übersetzung! – Jetzt hat Herr Roman Herzberg von Mingru Jipen das Wort. – Bitte schön, Herr Herzberg!

Roman Herzberg (Mingru Jipen e. V.): Zuerst wollte ich mich bedanken, dass ich hier eingeladen wurde. Es ist sehr wichtig, denn die Roma benötigen wirklich eine enorme, große Hilfe. Sie sagen immer zu uns: – [Der Anzuhörende sagt einen Satz in einer Fremdsprache.] – Das bedeutet: Wieso sind wir nicht so angenommen wie diese anderen Personen hier, die herkommen? – Das ist das Hauptproblem, deswegen – noch mal – bedanke ich mich, dass ich hier anwesend bin und dass ich die Problematik der Roma, die jetzt aus der Ukraine kommen, ein bisschen schildern kann.

Zuerst wollte ich mich auch bei den Kollegen hier bedanken, die hier auch tätig sind. Sie haben das alles mitbekommen und wissen ganz genau, welche Problematik wir durchmachen mussten, um diesen Menschen wirklich zu helfen.

Ich muss sagen: Jeder Krieg bringt Probleme mit sich; aber dieser Krieg bringt viele Roma nach Berlin und nach Deutschland. Ich nenne das nicht ein Problem, sondern ich sage das, weil man diesen Menschen wirklich helfen muss. Deswegen appelliere ich an alle, die jetzt zuhören werden, wie viel wir den Roma innerhalb von anderthalb Monaten geholfen haben. Wir haben eine kleine Statistik gemacht; daraus wollte ich jetzt ein paar Zahlen nennen, damit Sie ein bisschen mehr Überblick bekommen, was für ein enormer Druck auch auf uns lastet, wie wir diesen Menschen helfen können.

Innerhalb von eineinhalb Monaten haben wir fast 3 000 Personen – 1 702 Erwachsene und 1 296 Kinder – unterstützt. 997 Personen haben wir mit großer Mühe, mit unserer ganzen Kraft nach Tegel geschickt, was für uns ein großer Erfolg ist, weil das LAF leider bis heute nicht mit uns kooperieren will, was ich sehr traurig finde, aber es ist leider die Wahrheit. Innerhalb von Deutschland haben wir 1 100 Personen weitergeleitet. 74 sind nach Belgien gefahren, 62 sind nach Polen gefahren, 43 sind nach Tschechien [?] gefahren, und 274 sind zurück in die Ukraine gefahren. Wir haben zwischen 500 und 700 Übernachtungen organisiert. In Berlin sind ungefähr 80 Leute geblieben.

Jetzt muss man bedenken: Diese Menschen können nicht richtig lesen und schreiben. Egal, wo sie sich bewegen, sind sie immer laut, weil sie große Familien sind. Dadurch verlieren sie ihre Bleibe, private Unterkünfte, Hotels; sogar in Tegel schmeißen sie sie sozusagen nach zwei, drei Tagen raus und sagen: Diese Menschen sind zu laut, das können wir uns hier nicht leisten. – Diese Menschen kommen also wieder zu uns zur Welcome Hall Berlin zurück, und wir sind da in einer sehr großen Sackgasse. Deswegen appelliere ich hier, wenn es möglich ist, auch an die Senatorin und an alle Menschen, die uns helfen können, eine Clearingnotunterkunft einzurichten, extra für ukrainische Roma, damit die Roma wirklich gut aufgenommen und nicht diskriminiert werden, denn es sind Senioren dabei, es sind Frauen, die schwanger

sind, Kinder und behinderte Menschen dabei. Es sind Menschen, die an der Grenze ihrer Kräfte sind; sie sind frustriert, psychisch am Boden, sie haben jetzt Depressionen. Wenn man also diesen Menschen nicht hilft, glaube ich, wird das alles doppelt auf uns zurückkommen. Jetzt ist die Zeit, eine Maßnahme vorzunehmen, damit man für diese Menschen wirklich etwas Gutes anbietet.

Leider schickt das LAF immer wieder Menschen in kleine Städte und Dörfer, aus denen die Roma wieder zurückkommen, weil sie nicht in Leistung kommen. Es ist kein Mensch vor Ort, der ihnen zeigen könnte, wie und wo man Leistung beantragen kann. Man schickt sie ins Dunkel, nennen wir das. Und das wollen wir vermeiden. Wir möchten mit dem LAF zusammenarbeiten, wir möchten die Menschen gut zuteilen, wir möchten vor Ort, wohin sie zugeteilt werden, einen Ansprechpartner auf die Beine stellen, damit die Menschen – die Kinder, die Behinderten, die Senioren – in eine gute Unterkunft und in ein normales Leistungsverhältnis kommen. Dazu benötige ich Ihre Hilfe. Seit drei Monaten versuche ich, mit dem LAF zusammenzuarbeiten, und das lehnt es immer taktisch ab.

Vorsitzende Sandra Brunner: Herr Herzberg! Kommen Sie bitte zum Schluss?

Roman Herzberg (Mingru Jipen e. V.): Zum Schluss: Ich bedanke mich noch mal, und ich hoffe, dass wir eine Lösung finden, für diese Personen ein besseres Angebot zu machen, damit wir ihnen wirklich helfen können und damit wir nicht in diesem Kreislauf bleiben.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Herr Herzberg für Mingru Jipen e. V.! – Jetzt wünscht zunächst der Senat das Wort für eine Stellungnahme, und anschließend komme ich zu den Fragen der Abgeordneten. – Frau Senatorin Kipping, bitte!

Senatorin Katja Kipping (SenIAS): Das Wichtigste zuerst: Wir sind den Freiwilligen natürlich enorm dankbar. Ich habe ihnen das auch schon persönlich gesagt und bei den verschiedensten Anlässen immer wieder gesagt. Wir haben deswegen auch 338 Freiwilligenpässe ausgestellt, und um hier gleich mal zu zeigen, wie unsere Arbeitsweise ist: Wir haben uns nicht einfach etwas in der Protokollabteilung ausgedacht, sondern es ist sehr im Dialog entwickelt worden, dass es soziokulturell passend ist, dass es auch den Bedürfnissen entspricht, dass man es für den Lebenslauf verwenden kann.

Noch mal zum Rekapitulieren: Die Freiwilligen waren die Ersten, sie waren schnell, und es ist Wahnsinn, wie effektiv basisdemokratische Organisation sein kann. Das kann man hier ja mal als ein Lernergebnis festhalten. Ich will aber auch deutlich machen: Ab dem 1. März 2022 abends war mein Büroleiter vor Ort am Hauptbahnhof und war danach täglich mehrere Stunden dort, und am 8. März 2022, also eine Woche später, haben wir die Welcome Hall eröffnet. Wir haben als Senat dann nach und nach mehr Verantwortung übernommen, zum Beispiel beim Catering. Es gibt jetzt das Respect-Team von 40 freiwilligen Verwaltungsmitarbeiterinnen, die vor Ort sind.

Unsere Herangehensweise ist dabei folgende: Wir haben uns beim Hauptbahnhof ganz bewusst dagegen entschieden, den Katastrophenschutz zu rufen, selbst in Zeiten, in denen wir nachts oft davorstanden, dass der Hauptbahnhof wegen Überfüllung geschlossen werden musste, denn wir wollten nicht, dass jetzt brachial ein Akteur reinkommt, der sagt: Wir übernehmen jetzt. Danke, ihr dürft gehen! –, sondern wir haben uns bewusst für eine sehr arbeits-

zeit- und abspracheaufwendige Weise entschieden, von der ich aber glaube, dass sie ein besseres Ergebnis gebracht hat. Wir haben uns für die Stadtmission als Akteur entschieden, den wir beauftragen und bezahlen, die soziokulturell eher ein Scharnier zwischen basisdemokratischen Freiwilligen, Verwaltung und Respect-Team war. Wir unterstützen auch im Kleinen. Als ich beim Besuch am ZOB gehört habe, es gibt ein Problem mit der kostenlosen Toilettennutzung, haben Frau Jarasch und ich persönlich dazu telefoniert.

Es gibt einen regelmäßigen Austausch; über Wochen hinweg täglich in der Morgenrunde am Hauptbahnhof zwischen Freiwilligen, Krisenstab, Bahn und anderen Akteuren. Das wird jetzt einmal in der Woche sein. Einmal in der Woche gibt es regelmäßige Treffen von Freiwilligen und Krisenstab. Ich will nur sagen: Der Krisenstab berichtet mir jeden Tag, es gibt also immer eine direkte Anbindung an die Hausleitung. Es gibt keine Struktur in Berlin, von der ich täglich im direkten Rapport so viel höre, wo Probleme auftauchen, um die man sich kümmern muss. Einmal in der Woche – inzwischen alle zwei Wochen – gab es eine Runde mit den Staatssekretären.

Ich will nur sagen: Auf dem Höhepunkt im März, April waren wir froh, wenn wir eine Stunde Arbeitsbesprechung hatten, weil unsere Büros uns die immer wegknallen wollten, aber die eine Stunde direkte Videokonferenz mit den Freiwilligen hat immer gestanden für die Staatssekretäre. Als Senatorin war ich vor Ort und habe auch immer wieder Videokonferenzen gemacht. Beim Rechtskreiswechsel zum Beispiel, als wir endlich die Weisung der Bundesagentur noch nicht mal offiziell hatten, nur inoffiziell, war mein erster Impuls: Sofort die Flüchtlingsinitiativen und Freiwilligen anrufen, mit denen eine Videokonferenz machen, damit wir das machen. – Es gibt eine psychologische Beratung in Tegel, und es gibt in der Welcome Hall immer eine 24/7-Erreichbarkeit durch von der Verwaltung mitfinanzierte oder abgestellte Akteure.

Es gab die Bitte zu kommunizieren, dass weiterhin Hilfe notwendig ist. Das tue ich. Ganz aktuell habe ich zum Thema „100 Tage Krieg gegen die Ukraine“ eine Botschaft herausgegeben, in der ich noch mal explizit sage: Die Freiwilligen sind weiterhin auf Spenden und Unterstützung angewiesen. – Was ich aber nicht tun werde, ist, den Eindruck zu erwecken, es braucht die Freiwilligen, weil das Land Berlin nichts auf die Reihe kriegt und weil die in der Verwaltung alle blöd sind und Däumchen drehen. Ich weiß, das hat BAS nicht gefordert. Ich habe aber auch schon Akteure erlebt, bei denen allein ein öffentlich ausgesprochener Dank von mir an die Verwaltungsbeschäftigten als ein Angriff gesehen wurde; das würde ja nicht gehen, jetzt würden die Spenden wegbrechen, weil ich einfach mal gesagt habe, was die Verwaltungsmitarbeiter machen. Ich hatte im März in meinem Krisenstab jemanden, der hat mir nach drei Wochen gesagt: Ich habe mein Kind jetzt drei Wochen nur noch schlafend um Mitternacht gesehen und danach nicht mehr. – Große Einsatzbereitschaft gab es also an den verschiedensten Stellen.

Zu den besonders Vulnerablen: Auch da bin ich den Freiwilligen besonders dankbar, weil sie auch in der Öffentlichkeit und im politischen Raum einen Druck aufbauen und zu einer Sensibilisierung führen, die ganz wichtig ist. Es ist aber nicht so, dass wir hier als Land Berlin gar nichts machen. Die Beratungsstelle Mingru Jipen wird ja von der Integrationsabteilung bei uns mit gefördert. Wir haben zwei Workshops von Amaro Foro am Hauptbahnhof durchgeführt, um zentrale Akteure bei Polizei und Bahn mit für das Thema zu sensibilisieren. Wir sind jetzt – das wissen Sie ja auch – seit Wochen miteinander im Gespräch, wie man Struktu-

ren stärker überführen kann, und es gibt jetzt Gespräche zu einem ESF-Projekt für Berlin Arrival Support über den Club Dialog; das soll wohl zum 1. Juli 2022 anfangen, da laufen die letzten Gespräche. Auch bei EOTO gibt es seit Wochen einen Dialog und eine Orientierung darauf, wie es eine Förderung von Landesseite über das Ehrenamtsnetzwerk geben kann; also dass wir diese Arbeit natürlich auch mit Landesmitteln entsprechend unterstützen und würdigen.

Ich will abschließend noch mal sagen: Das LAF schickt Leute nicht irgendwo ins Dunkle, sondern es gibt eine bundesweite Verteilung. Jetzt kann man ja sagen, nicht überall gibt es so eine tolle Zivilgesellschaft wie in Berlin; das kann schon sein. Das bundesdeutsche Rechtssystem gilt aber bundesweit, und der Anspruch auf Sozialleistungen gilt überall. Wir schicken die Leute also nicht irgendwie ins Nirwana, sondern sie kommen in andere Städte, wo auch alle Regeln gelten, die es hier gibt. – Ansonsten noch abschließend: Das Thema Drittstaatler ein ernsthaftes aufenthaltsrechtliches Problem; hier ringen wir alle miteinander hart um eine gute Lösung.

Zusammenfassend: Die Berliner Verwaltung hat ab dem 1. März 2022 nach und nach mehr Verantwortung übernommen. Wir streben nach einem und praktizieren einen beständigen Austausch. Meine Einschätzung ist: Verwaltung, soziale Träger und basisdemokratische Freiwillige – jede Organisationsform hat ihre Stärken und ihre Schwächen, und dass es da Konflikte gibt und mal knirscht, das ist alles irgendwie ziemlich logisch. Ich glaube aber, dass das beste Ergebnis für die Geflüchteten herauskommt, wenn es da immer ein Hand-in-Hand gibt und auch eine Wertschätzung der jeweiligen Stärken, die die Akteure haben.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Senatorin Kipping! – Jetzt hat das Wort Frau Staatssekretärin Trăsnea. – Bitte schön!

Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea (SKzl): Vielen Dank, sehr geehrte Vorsitzende! – Sehr geehrte Abgeordnete und auch verehrte und geschätzte Ehrenamtliche! Ich möchte mich auch herzlich bedanken für das Engagement, das Sie an den Tag gelegt haben. Es ist tatsächlich so, dass diese überwältigende Solidarität und der schnelle Einsatz dazu geführt haben, dass wir als Stadt diese Krise gemeinsam so gut wie möglich meistern. Wir erinnern uns alle noch an die 10 000 Geflüchteten, die am Tag gekommen sind. Ich war in den ersten Tagen auch selber vor Ort, auch in Nachtschicht; das wissen Sie, wir sind nämlich all diese Stationen durchgegangen. Was wir gelernt haben, ist – wenn ich Lehren aus der Krise ziehen müsste und auch mit 2015/2016 vergleiche –, dass die Strukturen, auch die professionellen Strukturen, sehr viel früher aktiviert worden sind und wir vor allem eins gelernt haben: Verwaltung, Zivilgesellschaft und jegliche Akteure und Multiplikatorinnen aus der Stadtgesellschaft mit ins Boot zu nehmen. Wir haben als Senat sofort, am 25. Februar 2022, einen Senatskrisenstab gehabt und dann einen Krisenstab eingerichtet, in dem die Interdisziplinarität und die senatsverwaltungsübergreifende Arbeit von Anfang an ein Schlüsselement war; wozu wir uns alle im Senat verpflichtet haben, damit wir wissen: Wir brauchen nicht den Katastrophenschutz, wir arbeiten alle effektiv miteinander zusammen.

In all diesen Krisenmanagementstrukturen bauen wir auf die Expertise der zivilgesellschaftlichen Akteure, die vor Ort involviert sind. Das hat Frau Senatorin Kipping auch deutlich gemacht: Natürlich ist nicht immer alles grenzenlos harmonisch, und wir sind ein lernendes Sys-

tem, und trotzdem ist es schon enorm, was diese Stadt an dieser Stelle auch mit Ihnen gemeinsam geleistet hat, und dafür sind wir auch sehr dankbar.

Wir haben, wie gesagt, neben den bereits von Frau Senatorin Kipping genannten Punkten auch einen zivilgesellschaftlichen Beirat der Regierenden Bürgermeisterin, in dem auch Berlin Arrival Support involviert ist und auch EOTO durch Herrn Greve vertreten ist und viele andere Thinktanks, Sozialdachverbände, aber auch Sozialunternehmen. Nach dem Prinzip „All Hands on Deck“ können einmal im Monat alle direkt Hinweise an die Regierende Bürgermeisterin geben, die wir auch wieder einspeisen in den Rat der Bürgermeister und in die Ministerpräsidentenkonferenzen im Bund mit dem Bundeskanzler, wo wir all diese Punkte sortieren und eben auch steuern, dass wir strukturelle Verbesserungen herbeiführen. Ich glaube, vieles ist möglich gewesen. Es gab auch den Hinweis auf den gleichberechtigten Zugang zu Leistungen und Rechten, wobei wir als Land Berlin erfolgreich dafür gesorgt haben, dass es einen Rechtskreiswechsel gibt und die Überführung in SBG II stattfindet.

Was sind weitere Lehren daraus? – Ich möchte auch dafür sensibilisieren und darum bitten, dass wir uns in diesem Kurs, in dieser Kultur des Zusammenwirkens, des Zusammenarbeitens und auch der Mitverantwortung eine Fairness beibehalten. Denn ich kann es nicht überbringen, wenn es heißt: Wir sind ständig in Kontakt, und auf der anderen Seite werden wir nicht gehört. – Bürgerschaftliche Mitverantwortung heißt nicht, Verwaltung drückt sich weg, keineswegs, sondern wir arbeiten zusammen und binden letztlich auch die Punkte aus der Zivilgesellschaft mit ein, aber wir müssen auch gegenseitig dafür Verständnis haben, dass es auch zu Kompromisslösungen kommt und auch übergeordnete Fragen anders beantwortet werden, als wenn man das aus dem eigenen Feld heraus betrachtet.

Was wir auch noch gelernt haben, ist letztlich, dass wir für diese Netzwerke auf all diesen Ebenen – auch mit den Freiwilligenagenturen in den Bezirken – für Entlastungen sorgen können, auch wenn wir sind aus der akuten Phase heraus sind. Wir haben auch festgestellt, dass Respect-Teams benötigt werden oder dass wir eine Beratung, eine Hotline für Seelsorge brauchen, auch mehrsprachig, um auch die Ehrenamtlichen zu unterstützen und ein Angebot zu bieten. Es ist aber auch wichtig, die Vernetzung zu erkennen. Inzwischen halten sich die Menschen nicht mehr vorrangig unmittelbar am Hauptbahnhof, am Zoo und am Südkreuz länger auf, sondern sie kommen nun langsam in die Bezirke, und wir müssen die Strukturen, die wir dort haben – wie die Freiwilligenagenturen, die Stadtteilzentren, die Integrationsbüros usw. usf. –, aktivieren und miteinander verbinden, damit das alles gut Hand in Hand klappt.

Zum Thema Anerkennung hat Frau Senatorin Kipping bereits etwas gesagt, zu den Freiwilligenpässen. Ich möchte noch ergänzen: Frau Senatorin Kipping und die Regierende Bürgermeisterin hatten auch vereinbart, dass wir zum Hoffest der Regierenden Bürgermeisterin einladen, dass wir auch Impulse daraus gewinnen, wo es notwendig war, wo deutlich wurde: Es gibt auch noch sehr viele Menschen, die sich privat engagieren und Menschen aus der Ukraine unterbringen. Für sie haben wir am 15. Mai 2022 einen Chancenmarkt veranstaltet. Auch das ist für mich ein Teil der Anerkennung. Wir nehmen die Impulse auf, die Sie uns aus der Arbeit mitgeben, bearbeiten diese und lassen das ins Krisenmanagement mit einfließen, das heißt, wir nehmen Sie ernst. Wir sind auch dankbar für Ihre Impulse und wollen mit Ihnen gemeinsam im Schulterschluss an den richtigen Lösungen arbeiten; dann aber bitte mit der entsprechenden Einordnung und Fairness. Wenn man Ihnen nicht zuhören und Sie nicht einbinden würde, würde das ganz anders aussehen. Ich glaube, das ist eine Krisenbewältigung,

die ganz elementar für uns ist, die wir aus 2015/2016 gelernt haben und die auch ein Novum ist im Krisenmanagement, so wie wir es dieses Mal abgewickelt haben. – In diesem Sinne bedanke ich mich sehr für Ihre Impulse, und ich setze darauf, dass wir weiter konstruktiv miteinander arbeiten.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Träsnea! – Dann komme ich jetzt zur Fragerunde der Abgeordneten. – Frau Dr. Jasper-Winter, bitte, für die Fraktion der FDP!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an Sie und die vielen Freiwilligen, die diese wirklich unermüdliche Arbeit am Hauptbahnhof, aber auch in den Vereinen oder weiteren Strukturen, die sich auch erst entwickelt haben, leisten. Ich glaube, wir alle haben hier heute durch Ihre Impulse noch mal einen Eindruck von der unglaublichen ehrenamtlichen Arbeit bekommen. Viele von uns waren ja auch selber am Hauptbahnhof oder haben sich anderweitig versucht ein wenig einzubringen. Insofern, denke ich, im Namen von uns allen erst mal ein ganz herzliches Dankeschön! Wir hoffen, dass Sie das auch weitergeben an die vielen Ehrenamtlichen, die jetzt auch über Monate durchgehalten haben. – Das vorangeschickt; ich würde gerne konkret auf das eingehen, was Sie uns an Wünschen und Eindrücken ganz konkret mitgegeben haben und dazu noch mal nachfragen, denn das ist ja auch unsere Aufgabe hier: der Sache auf den Zahn zu fühlen. Wir haben jetzt vom Senat ein bisschen allgemeiner gehört, wie der Senat die Kommunikation mit Ihnen betrachtet, aber ich würde es ganz gern jetzt noch mal konkreter machen.

Louie Schüth: Sie haben die verschiedenen Probleme und Herausforderungen besonders schutzbedürftiger Gruppen angesprochen. Sie haben gesagt, Sie wollen eigentlich gerne überflüssig werden, aber Sie werden eben tatsächlich gebraucht. Welche ganz konkrete Unterstützungsmaßnahme, die wir hier auch beeinflussen können, die der Senat auch umsetzen kann, würden Sie sich wünschen? – Das knüpft an Herrn von Harlessem an. Sie sagten: Eigentlich müsste man das jetzt langsam mal und zeitnah in hauptamtliche Strukturen überführen. Damit sagen Sie doch – und das ist die Frage: Bräuchten wir am Hauptbahnhof vor Ort – auch nicht im Zelt, sondern tatsächlich im Untergeschoss des Hauptbahnhofs, wo die ersten Ankünfte sind – mehr hauptamtliche Unterstützung der Senatsverwaltung oder entsprechender hauptamtlicher Strukturen? – [Nils von Harlessem nickt.] – Vielleicht könnten Sie das noch mal ausführen, denn das ist ja eigentlich der Hauptpunkt, dass Sie sagen: Nach vier Monaten können wir so einfach nicht weitermachen. Die Situation muss gelöst werden. – Insofern würde ich Louie Schüth und Nils von Harlessem danken, wenn Sie beide noch mal darauf eingehen, was Sie wünschen.

Die Frage an den Senat, die recht einfach zu beantworten ist: Ist es denn nicht möglich, diesem Wunsch, der ja ganz konkret auch in dem Acht-Punkte-Papier steht, nachts einen abschließbaren Raum für den Berlin Arrival Support zur Verfügung zu stellen, in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn nachzukommen? – Eigentlich ist das gar nicht Aufgabe des Ausschusses, hier so konkret Probleme zu lösen, aber wenn sie nicht vorrangig schon im Wege der Kommunikation gelöst werden konnten, adressiere ich jetzt diese Frage auch noch mal ganz konkret an den Senat.

Der nächste Punkt, der angesprochen worden war: Frau Abdirizak Abdikarim, Sie haben gesagt, es ist ein Riesenproblem mit den Dokumenten für die Kinder aus den Drittstaaten, die in der Ukraine geboren wurden. Kann der Senat und wie soll der Senat dieses Problem lösen? Es ist ja tatsächlich furchtbar, wenn die Eltern zurückreisen müssen, um das Dokument zu erhalten, und sich dann Schwierigkeiten ergeben. Das wäre meine konkrete Frage an Sie. Sie haben auch gesagt, dass es mehrfach Diskriminierungen gab, auch bei den Berliner Behörden. Wir haben nun Ähnliches – und da knüpfe ich an Herrn Herzberg an – auch schon im Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung besprochen, wo es darum ging, ob Roma und Sinti hier von Sozialämtern diskriminiert werden – was, wie wir dort zur Kenntnis nehmen mussten, wohl so ist. Was, meinen Sie denn, könnte da aus Ihrer Sicht helfen, damit es nicht zu Diskriminierungen durch die öffentliche Verwaltung kommt? – Inwieweit hat sich denn der Senat – die Sozialämter liegen ja bei Ihnen, Frau Senatorin – hierzu schon Gedanken gemacht oder haben Sie sich mit Ihrer Kollegin, Frau Senatorin Dr. Kreck, ausgetauscht? Es kann ja nicht sein, dass bestimmte Menschen hier in der Stadt allein aufgrund ihres Hintergrunds Diskriminierung erfahren müssen, wenn es um Sozialleistungen oder anderweitige Leistungen geht. Da muss der Staat ja handeln, um das zu verhindern.

Herr Herzberg, Sie haben eigentlich – da wollte ich jetzt noch mal nachhaken – eine eigene Unterkunft für ukrainische Roma in Berlin gefordert. Ist das richtig? – [Roman Herzberg nickt.] – Als Laie – wir sind ja letztlich Laien – würde man denken: Ist es nicht eigentlich klug, dass man dezentrale Unterkünfte nutzt, sich sozusagen mehr integriert? Sie sagen aber, das funktioniert nicht richtig. Sie fordern in der Tat einen eigenen Punkt für ukrainische Roma. Könnten Sie noch mal ausführen, welche Vorteile Sie sehen und wie man tatsächlich die Beratung, was die Sozialleistungen angeht, besser organisieren könnte, damit das dann auch besser funktioniert? Frau Senatorin hat natürlich recht, es gibt die auf Bundesebene bestehenden Verteilungssysteme, aber vielleicht kann man die Situation ja auch hier, als Land Berlin praktisch verbessern. Das würde mich noch mal interessieren.

Abschließend an den Senat: Frau Senatorin hat auch noch mal erwähnt, dass ihr Büroleiter – ich nehme an, zu Anfang der ganzen Entwicklung – täglich vor Ort war und dass viele Menschen vor Ort waren. Wie oft war denn die Senatsverwaltung tatsächlich vor Ort? Wie oft waren Herr Delius und die weiteren Personen vor Ort im Untergeschoss des Hauptbahnhofs? Wie ganz genau gestaltet sich denn die Kommunikation? Es wurde jetzt vieles sehr allgemein gesagt, dass Sie gerne Hinweise aufnehmen und weitergeben, aber ich habe den Eindruck, dass das vielleicht in den letzten Wochen vor Ort tatsächlich etwas vernachlässigt wurde.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Dr. Jasper-Winter! – Jetzt hat das Wort Herr Omar.

Jian Omar (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich kann mich dem Dank anschließen. Im Namen der Koalition kann ich mich für die großartige Arbeit und das Engagement der Ehrenamtlichen am Hauptbahnhof, am Südkreuz und am ZOB nur bedanken. Man kann sich nicht genug bei den Ehrenamtlichen bedanken. Diese Strukturen haben bis heute sehr gut funktioniert, weil es auch eine gute Kommunikation gab und weil die Strukturen so vom Senat organisiert waren, dass die ehrenamtlichen Strukturen mit den Strukturen des Krisenstabs des Senats im permanenten Kontakt waren. Ich war vor Ort, viele von uns waren vor Ort, und wir haben uns auch immer wieder mit den Ehrenamtlichen ausgetauscht, wie diese Kommu-

nikation funktioniert; wie oft findet sie statt, und wie wird auch mit den Bedürfnissen der Ehrenamtlichen umgegangen? Deshalb stelle ich jetzt auch nach dreieinhalb Monaten Krieg in der Ukraine die Frage, wie die Kommunikation aktuell aussieht – ich weiß, dass es am Hauptbahnhof einen Krisenstab gibt; daran beteiligen sich auch Vertreterinnen und Vertreter des Senats –; wie da die Kommunikation ist und welche Verbesserungen von Ihrer Seite gewünscht sind.

Zum anderen wurde oft diese Frage gestellt: Wie können wir jetzt konkret Ihre Arbeit erleichtern? Wie können wir die Zusammenarbeit verbessern? Was brauchen Sie konkret vom Senat, und wie können wir das am schnellsten ermöglichen? – Diese Frage stellt sich auch, weil der Krieg in der Ukraine leider weiterhin läuft und auch eine Dynamik hat, die nicht absehbar ist; das heißt, es kann sein, dass die Zahl der Geflüchteten sprunghaft wieder nach oben geht, je nachdem, wie Putin seinen Krieg in der Ukraine weiterhin führt. Deshalb sind diese ehrenamtlichen Strukturen an diesen Stellen auch unverzichtbar.

Vor allem: Wir haben seit dem 8. März 2022 ein Willkommenszentrum, und meines Wissens sind die Ehrenamtlichen dort willkommen, ihre Arbeit zu machen. Sie haben dort auch in den letzten Monaten Arbeit geleistet und unterstützt, aber es ist noch unklar, wie im Bereich des Hauptbahnhofs selbst die Zusammenarbeit mit den Senatsstrukturen erfolgen kann. Dabei ist die Herausforderung, dass eine Absprache mit der Bahn erfolgen muss. Trotzdem war es möglich, dass man im BVG-Bereich wenigstens einen Cateringservice hat. Die Frage ist: Wie läuft das aktuell? Gibt es da Versäumnisse bzw. Verbesserungsvorschläge Ihrerseits?

Meine Frage an Herrn Herzberg: Sie haben mehrfach betont, dass die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und dem LAF nicht funktioniert, was die Versorgung der Sinti und Roma aus der Ukraine angeht. Können Sie das konkretisieren – also in welchem Zusammenhang sind Sie auf das LAF zugegangen bzw. haben es aufgesucht, damit eine Zusammenarbeit stattfindet, und wie wurde das abgelehnt –, damit wir das verstehen? Meines Wissens sind Vertreterinnen und Vertreter des LAF auch am Hauptbahnhof unterwegs, und sobald sich eine Herausforderung herausstellt, kann das direkt an sie weitergeleitet werden, die das ihrerseits an den Senatskrisenstab weiterleiten. Deswegen würde mich interessieren, wie diese Ablehnung der Zusammenarbeit stattgefunden hat, damit es auch hier im Ausschuss klarer wird.

Zuletzt wollte ich nach der Perspektive fragen, also wie sehen Sie das perspektivisch? Wie können wir diese Strukturen insgesamt in einen besseren Einklang miteinander bringen, damit auch die Ehrenamtlichen nicht ermüdet werden? Ich weiß, dass diese Arbeit sehr herausfordernd ist, und wenn noch dazu die Zusammenarbeit mit den staatlichen Strukturen nicht gut funktioniert, dann kann es dazu führen, dass einige der Ehrenamtlichen nicht mehr die Kraft haben, sich einzubringen. Das ist auch das, was in den letzten Monaten und Wochen in der Presse stand: dass die Zahl der Ehrenamtlichen zurückgegangen ist. Können Sie auch dazu Näheres sagen, wie aktuell die Bereitschaft ist und wie die Zahlen sind, und wie kann man das perspektivisch verbessern?

Jetzt fehlt mir noch ein letzter Punkt zu den Drittstaatlerinnen und Drittstaatlern: Wie ist das seitens der Ehrenamtlichen zu bewerten, wie am Hauptbahnhof Diskriminierung stattfindet? Ich weiß von einigen Fällen, in denen Drittstaatlerinnen und Drittstaatler afrikanischer Herkunft – vorwiegend Studierende aus der Ukraine, die nicht die ukrainische Staatsbürgerschaft haben – sowie Roma und Sinti auch seitens einiger – nicht aller, sondern einiger – Ehrenamt-

licher diskriminiert wurden, indem ihnen die notwendige Hilfe nicht geleistet wurde, weil an ihrer Herkunft gezweifelt wurde – dass sie nicht aus der Ukraine seien –, sowohl im Willkommenszelt als auch am Hauptbahnhof. Können Sie auch dazu etwas sagen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Brunner: Danke, Herr Omar! – Bevor ich Frau Wahlen das Wort gebe: Ich habe jetzt noch sechs Rednerinnen und Redner auf der Redeliste. Ich würde vorschlagen, dass wir die Fragerunde mit dieser Redeliste abschließen, auch mit Blick auf die Zeit, damit wir den Anzuhörenden noch ausreichend Gelegenheit geben können zu antworten. Okay? – Dann hat jetzt das Wort Frau Wahlen für Bündnis 90/Die Grünen.

Catrin Wahlen (GRÜNE): Vielen Dank! – Natürlich auch von meiner Seite einen riesengroßen Dank an Sie alle, die sich kümmern; auch an die Menschen, die sich kümmern, die heute nicht hier zur Anhörung eingeladen sind oder eingeladen werden konnten – denn ansonsten würde uns, glaube ich, auch das Zelt am Hauptbahnhof nicht ausreichen. Ihnen möchte ich meinen ganz großen Dank aussprechen. Es ist eine unglaubliche Leistung, die Sie alle erbringen. – Natürlich danke ich auch unserer Senatsstruktur, auch wenn ich schon auch kritische Töne höre, gerade was die Kommunikationsstrukturen angeht. – Sie von Berlin Arrival Support haben angesprochen, dass Sie die Erfahrung gemacht haben, dass Menschen mit Behinderungen oder Pflegebedarfen in Tegel abgelehnt werden; Herr Herzberg hat Ähnliches berichtet. Sicher gibt es angepasste Menschen, die – in Anführungsstrichen – einfache Fälle sind, die nach ein oder zwei Nächten in Tegel weitervermittelt werden können, aber es gibt eben auch Menschen, bei denen die Lage komplexer ist, und es fehlt so ein bisschen der Spirit, diese Challenges anzunehmen.

Es gibt Menschen wie Oleksandr Samoylenko [phonetisch] und Gennadij Butkov [phonetisch]; das sind ein Rollstuhlfahrer und ein Rollatorfahrer, die in diesen Minuten in Berlin ankommen. Sie wurden telefonisch in Tegel angekündigt und abgelehnt. – Jetzt ist das Telefon übrigens abgeschaltet; vielleicht war das gerade die Klärung dieser Situation, als Herr Delius kurz rausgegangen ist. – In diesem Moment, wo wir hier sitzen und diese Themen besprechen, sind Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarfen aus der Ukraine unversorgt auf den Straßen unserer Stadt unterwegs. – Vor diesem Hintergrund habe ich keine Fragen an Sie, sondern schließe mich quasi Ihren Fragen an und frage den Senat: Welche konkreten und schnellen Verbesserungen in der Ankunftssituation für Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarfen wollen Sie unternehmen? Das Abweisen von Menschen mit Behinderungen in unseren Ankunftsstrukturen muss sofort eingestellt werden.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Wahlen! – Es hat jetzt das Wort Herr Özdemir für die Fraktion der SPD.

Orkan Özdemir (SPD): Jetzt bedankt sich jeder, der spricht, einmal, aber das ist es auch wert, muss ich sagen, deswegen müssen Sie das jetzt wieder über sich ergehen lassen. Ich möchte mich auch bedanken. Ich war ja auch mit Jian Omar mehrmals vor Ort, wobei wir schon gedacht haben, vielleicht nerven wir Sie. Ich muss sagen, die Kommunikation war eigentlich immer sehr ehrlich und auch immer konstruktiv. Deshalb habe ich auch ein paar Fragen, einfach, um das für mich noch mal zu klären. – Die erste Frage geht an Berlin Arrival Support. Es gab ja eine Kommunikationsstruktur am Hauptbahnhof, die Runden etc. pp., und dazu würde mich einfach interessieren: Wo war konkret das Defizit in der Kommunikation; denn zusammen saß man ja? Das würde mich noch mal interessieren.

Dann an den Senat gefragt: Wie unterstützt denn der Senat diese unabhängigen Freiwilligenstrukturen im Kontext von organisatorischer Weiterentwicklung – so möchte ich es mal formulieren –? Ich habe ja auch mit den Berlin Arrivals gesprochen, und es ist ja nicht so, dass sich jetzt alle organisieren möchten, aber es gibt eben doch einen Kern, der sagt: Wir möchten uns organisieren, vielleicht auch vereinstechisch oder so was in der Art. – Da ist die Frage: Inwiefern werden diese jungen Menschen, die sich dann auch organisieren möchten, unterstützt, das heißt also einmal beratungstechnisch und vielleicht auch finanziell? – Ich möchte darauf hinweisen, dass wir ja auch als Parlament einen nicht ganz unsignifikanten Aufwuchs im Partizipations- und Integrationsprogramm ermöglicht haben. – Gibt es dazu erst mal überhaupt Kommunikation? Das wäre noch mal spannend für mich.

Dann noch eine ganz banale Frage: Wie schätzt der Senat das eigentlich ein – hätten wir jetzt wieder so eine Situation wie im März, mit bis zu 10 000 Menschen, die täglich zu uns kommen, wäre der Senat denn ohne die Hilfe dieser Ehrenamtlichen in der Lage, das zu wuppen? Das ist keine kritische Frage, sondern das interessiert mich einfach.

Und dann noch mal zu der ganzen Frage der Drittstaatsangehörigen, ganz besonders auch von der Seite von EOTO: Das ist natürlich eine Frage, die uns allen auf den Nägeln brennt, und wir sind dazu wirklich intensivst in Gesprächen, auch mit Senatsakteuren. Wir waren auch schon auf einem sehr guten Weg, bis das BMI uns da ein bisschen in die Speichen gefahren ist. Ich kann dazu jetzt aber keine konkrete Aussage treffen, ich kann nur sagen: Uns ist das Problem bewusst, und wir arbeiten mit Hochdruck daran, eine entsprechende Lösung zu finden, aber verzeihen Sie mir und uns, dass wir jetzt noch nicht konkret darüber reden können. Wir haben es aber auf jeden Fall auf dem Schirm, und wir wissen, dass schnellstmöglich etwas in diese Richtung passieren muss.

Dann noch mal etwas Positives – ich würde gerne von den Berlin Arrivals wissen, aber auch von EOTO oder Herrn Herzberg: Wir reden ja die ganze Zeit über kritische Punkte, aber was gab es denn an positiven Erfahrungen mit dem Senat? Das wäre auch noch mal spannend.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Herr Özdemir! – Es hat jetzt das Wort Herr Wohlert für die Fraktion der CDU.

Björn Wohlert (CDU): Erst mal vielen Dank auch von meiner Seite! Ich glaube, wir haben alle noch mal vernommen, dass der Staat diese Gemeinschaftsaufgabe, die Kriegsflüchtlinge bei der Ankunft zu versorgen und zu betreuen, ohne das Engagement der vielen Freiwilligen nicht bewältigt hätte. Sie haben da sehr viel geleistet und leisten weiterhin sehr viel; dafür auch von der CDU-Fraktion unseren herzlichen Dank!

Ein bisschen überrascht bin ich über den Verlauf der Anhörung, muss das aber mit einem Lob verbinden, denn ich glaube, Anhörungen, auch wenn sie von den Regierungsfractionen kommen, sollten nicht nur dazu dienen, Lobeshymnen von nahestehenden Organisationen zu erhalten, sondern, wie wir es heute auch machen, eine Einladung an diejenigen auszusprechen, die vielleicht auch Kritik vorbringen, und das dann gemeinsam als Gelegenheit zu nutzen, die Dinge selbstkritisch zu betrachten und auch zu bewerten. Ein bisschen hatte man jetzt den Eindruck, dass die zweitbeste Oppositionskraft nach der CDU die ein oder andere Regierungsfraction ist, aber das sei geschenkt, es geht ja um die Sache.

Ich glaube, wir haben noch mal einen gewissen Widerspruch vernommen. Freiwillige fühlen sich anscheinend nicht ausreichend gehört und unterstützt, der Senat wiederum hebt positiv vor allem seine Kommunikationsangebote hervor. Dieser Widerspruch kommt ein Stück weit nicht überraschend. Die Hilferufe haben wir ja auch in der Öffentlichkeit bereits seit April umfänglich, auch mit vielen Einzelfällen, vernommen, und ich glaube, umso wichtiger ist es, dass wir heute, im Juni, dann auch endlich noch mal konkret darüber sprechen.

Weil es auch nicht hilft, viel Vergangenheitsbewältigung zu machen, was vielleicht gerade in den ersten Tagen und Wochen nicht gut funktioniert hat, würde ich eher den Punkt noch mal aufgreifen, den auch die Freiwilligen dargestellt haben: Sie wollen eigentlich überflüssig werden. Wie können wir also ehrenamtliche Strukturen in hauptamtliche Strukturen überführen, aber das Wissen und auch das Netzwerk, das aufgebaut wurde, nutzen? Dazu würde mich einerseits vom Senat interessieren: Wie schaffen wir das? Welchen konkreten Plan kann der Senat dafür entwickeln, dass wir es in die hauptamtlichen Strukturen überführen? Wie kann das auch gemeinsam mit den Freiwilligen und mit ihren Erfahrungen geschehen, sodass sie sich einerseits dann natürlich in diesem Plan wiederfinden, sich aber andererseits auch weiterhin freiwillig engagieren können? Und: Was lernen wir daraus eigentlich für künftige Krisen? Wir hatten die sogenannte Flüchtlingskrise auch schon 2015/2016. Jetzt haben wir wieder eine Akutsituation, und, so traurig das sein mag: Es ist sehr wahrscheinlich, dass wir irgendwann noch mal eine Situation haben werden, in der Berlin vor großen Herausforderungen steht. Wie können wir eigentlich in der Zukunft sicherstellen – aber auch gemeinsam mit Freiwilligen –, dass wir relativ schnell eine Ankunftsstruktur schaffen, bei der der Senat von Tag eins an so dabei ist, dass wir eine Situation wie heute, im Juni 2022, in der Freiwillige sich nicht ausreichend gehört fühlen und das Gefühl haben, dass sie die Dinge überwiegend selbst gestemmt haben, verhindern und aus diesen ganzen Erfahrungen lernen, damit wir es gemeinsam nächstes Mal noch besser machen?

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Herr Wohler! – Es hat jetzt das Wort Herr Bauschke für die Fraktion der FDP.

Tobias Bauschke (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir natürlich noch mal herzlichen Dank! Ich muss gestehen, ich habe das ähnlich wie die Kollegen von den Grünen gemacht, ich war auch sehr häufig vor Ort – wir hatten ja zum Teil auch gemeinsame Termine –, und mein Eindruck war wirklich immer, dass da Großartiges geleistet wird. Die Probleme, die Sie heute geschildert haben, waren ja Probleme, die wir oft eigentlich auch schon seit Tag eins gehört haben: Abstimmungs- und Koordinierungsschwierigkeiten. Wir haben es – und das muss man vielleicht auch ein bisschen selbstkritisch sagen – oft als Einzelfälle abgetan; das würde ich jetzt hier mal mitnehmen. Es waren vielleicht auch oft Einzelfälle. Es war eine allgemeine Aufregung in der Situation, aber selbstverständlich hatten wir auch im Zuge der Gesamtentwicklung immer wieder Punkte, an denen man auch gesehen hat, dass natürlich Abstimmungsbedarf besteht. Das liegt ja auch nicht alles an der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, sondern zum Teil auch an bezirklichen Verwaltungsstrukturen; wenn ich jetzt zum Beispiel an den ZOB denke, wo wochenlang das kochende Wasser aus dem Hotel nebenan angetragen werden musste, weil man keine Steckdosen legen durfte. Das ist aber, glaube ich, so ein bisschen deutsches Verwaltungshandeln. Wichtig ist aber, dass wir aus diesen Schwierigkeiten, die aufgetaucht sind, Lehren ziehen.

Deswegen habe ich sehr konkrete Fragen. Einmal: Wir haben schon über vulnerable Gruppen und behinderte Menschen gesprochen. Ich hätte mal eine Frage an den Senat zu nicht sichtbar behinderten Menschen; mich würde mal interessieren, wie weit hier das Clearing angelaufen ist, insbesondere auch in Tegel. Da höre ich zumindest auch von den Verbänden von erhöhten Defiziten. – Wir hatten die Frage von meiner Kollegin Dr. Maren Jasper-Winter zum Thema Kommunikation, wie oft Herr Delius am Ground Floor am Bahnhof war, wie die Senatsverwaltung präsent war. Ich würde die Frage ergänzen und nicht nur an die Senatsverwaltung stellen, sondern der Fairness halber auch an die Freiwilligen, um ihren Eindruck zu schildern: Hatten Sie einen Ansprechpartner vor Ort? War das mühelos, konnte da jemand schnell auf Sie zukommen, und empfanden Sie die Kommunikation als auf Augenhöhe? Ich habe zum Beispiel oft Schwierigkeiten beim Thema Bustransport und Verkehrsleitungen mitbekommen; vielleicht könnten Sie uns dazu noch mal einen Eindruck geben.

Was mich wirklich entsetzt hat, war die Schilderung zum Thema unbegleitete Minderjährige. Dass sich da dann wirklich darauf verlassen wird, dass die ehrenamtlichen Strukturen Hotels organisieren, weil wir das von der staatlichen Struktur her nicht abdecken können – da würde ich gerne mal den Senat fragen, welche konkreten Schritte dazu eingeleitet wurden, damit so etwas nicht mehr vorkommt, und wie viele Fälle dazu bekannt sind, bzw. wo es Schwierigkeiten gab.

Eine weitere Frage wäre eine Nachfrage zur Stellungnahme des Senats: Könnten Sie mir vielleicht einmal kurz vorstellen, wie das ESF-Programm konkret aussehen soll? Und eine Frage, die ich letztens auch im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung gestellt habe, wo mir die zuständige Senatsverwaltung leider keine Antwort geben konnte, aber ich halte sie für durchaus entscheidend; vielleicht weiß hier die Senatsverwaltung etwas mehr: Wir haben ja auch ältere Menschen aus der Ukraine, bei denen wir zum Teil einen erhöhten Pflegebedarf haben. Wie weit werden Pflegeplätze vorgehalten, wie ist da die Struktur, mit welchen Zahlen rechnet man? Gibt es Vorhaltungen? Wir haben ja sowieso schon ein Pflegeproblem in der Stadt. Da würde mich mal interessieren, ob es dazu insgesamt eine Strategie gibt. – Diese Fragen werden ja jetzt auch nicht gestellt, damit wir über Entscheidungen richten, die in der Vergangenheit liegen, sondern im allgemeinen Interesse müssen wir die Fragen stellen, um Lehren daraus zu ziehen, damit wir, wenn noch mal eine solche Situation kommt, besser werden. Das ist im Sinne der Stadt; deswegen vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Herr Bauschke. – Jetzt hat das Wort Herr Prof. Dr. Pätzold für die Fraktion der CDU.

Dr. Martin Pätzold (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Mein Dank geht erstens auch an die Anzuhörenden für diesen unglaublichen Mut – wie ich finde –, die Dinge hier doch sehr klar, sehr persönlich und sehr ehrlich zu benennen. Ich muss ganz offen sagen – auch in den Nachfragen, die wir aus der Koalition gehört haben –, dass einem das schon sehr nah geht, was Sie beschrieben haben. Der Vorredner von der FDP hat auch gerade angesprochen, dass wir viel zu oft vernommen und auch aus den politischen Debatten mitgenommen haben, dass das Einzelfälle waren, aber die Zahl derer, über die wir hier reden, nimmt doch schon einen größeren Umfang ein. Ich finde, das geht einem persönlich wirklich nah, wenn wir auch die Fälle hören wie gerade von der Kollegin: diese Unsicherheit, nicht zu wissen, wie es hier weitergeht. Das ist etwas, was wir hier so nicht akzeptieren können.

Zweitens will ich mich für den großen Mut der Koalitionsfraktionen bedanken. Ich habe gedacht, ich gehe hier in eine Anhörung, und Sie legen großen Wert darauf, dass Ihr Senat, den Sie ja tragen als Fraktionen, dasteht mit den großen Themen, die geleistet wurden. Das ist viel Arbeit, ich will das auch mit Respekt in Richtung des Senats äußern. Hier sitzen zwei Staatssekretärinnen und eine Senatorin, die mit hohem Einsatz, mit viel Arbeit versuchen, die Situation zu meistern. Und trotz allem hören wir – auch dank Ihrer Anhörung, das will ich hier schon mal sagen in Richtung der Koalition –, an welchen Stellen es nicht funktioniert.

Das ist der dritte Punkt, zu dem ich kommen möchte: Jetzt haben wir hier zwei Staatssekretärinnen und eine Senatorin sitzen, und ich würde schon gerne wissen, welche konkreten Punkte aus dieser Anhörung, aus dem, was gerade von den Anzuhörenden angesprochen wurde – zum Teil ja sogar sehr konkret, oft sehr kleinteilig –, hier in den nächsten zwei Wochen umgesetzt werden.

Vorsitzende Sandra Brunner: Danke, Herr Dr. Pätzold! – Es hat jetzt das Wort Frau Eralp für die Fraktion Die Linke.

Elif Eralp (LINKE): Auch im Namen der Linksfraktion und der Koalition insgesamt möchte ich mich sehr bedanken für das Engagement von Ihnen allen. Das ist großartig, was da geleistet wird; Hut ab! Vielen Dank dafür, dass diese solidarischen Strukturen geschaffen wurden, um die Menschen, die vor grausigen Erlebnissen fliehen, hier zu schützen, und damit sie gut ankommen und sich sicher fühlen können.

Ich denke, dass es wichtig ist, dass hier die kritischen Dinge angesprochen werden, und auch dafür bin ich dankbar, dass Sie das machen, damit wir als Senat, als Koalition und als Abgeordnete die Sachen auch verbessern und verändern können, sodass sie den Bedarfen der vielen verschiedenen Gruppen entsprechen. Ich weiß aber auch, dass die Kolleginnen im Senat und auch in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ihr Bestes geben, auch wenn es da natürlich auch Fehler gibt und nicht allen Bedarfen immer sofort entsprochen wird. Ich glaube aber, wir sind alle daran interessiert – und deswegen gibt es ja auch die verschiedenen Kommunikationskanäle und auch diese Anhörung –, Dinge, die nicht funktionieren, zu verbessern. Ich denke, dass das auch eine gesamtstaatliche Aufgabe und eine Aufgabe des gesamten Senats ist, denn es betrifft ja auch viele andere Bereiche wie Bleiberecht, Gesundheit und Bildung; also auch den Zugang zu diesen verschiedenen städtischen Ressourcen müssen wir verbessern, und da ist es wichtig, dass alle Häuser ihren Beitrag dazu leisten. – Das wollte ich noch mal vorwegschicken.

Dann habe ich Fragen, weil ich mich als partizipations- und antidiskriminierungspolitische Sprecherin vor allem mit den Belangen von BIPOC und anderen diskriminierten Gruppen beschäftige: wie da die Unterbringungssituation ist bezüglich besonders vulnerabler Menschen mit Migrationsgeschichte oder Rassismuserfahrung. Das wäre für mich noch mal interessant zu hören von den verschiedenen Vertretern in diesem Bereich, also Frau Abdirizak Abdikarim und Herrn Herzberg.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Eralp! – Ich habe jetzt folgenden Verfahrensvorschlag: Es ist jetzt 10.57 Uhr. Mein Vorschlag ist, dass wir jetzt in eine Pause gehen, und zwar bis 11.10 Uhr. Bis dahin haben die Anzuhörenden die Möglichkeit, die Fragen zu sortieren und möglichst komprimiert zu beantworten.

[Lüftungspause von 10.58 bis 11.12 Uhr]

Dann setzen wir jetzt unsere gemeinsame Sitzung fort. Es geht jetzt in die Rückrunde der Anzuhörenden. – Wer möchte als Erstes auf die zahlreichen Fragestellungen antworten? – Bitte schön, Herr von Harlessem!

Nils von Harlessem (Freiwilliger): Ich werde mal auf die ersten Fragen der FDP-Fraktion antworten, konkret die Frage zu den Strukturen, die wir im Bahnhof benötigen. Sehr konkret brauchen wir vom Senat oder von wem auch immer Ukrainisch oder zumindest Russisch sprechendes Personal, das unseren Infostand unterstützt. Aktuell machen wir das mit Freiwilligen, Tag und Nacht, die können langsam nicht mehr. Denkbar ist, dass das Respect-Team, das ja schon im Bahnhof unterwegs ist, auch Teile dieser Verantwortung übernimmt. Der Job dieser Personen ist, Informationen für Geflüchtete bereitzustellen, zu Fragen der Rück- und Weiterreise, und vor allen Dingen auch die Verweisberatung zu machen auf Angebote, die in der Stadt existieren. Im Endeffekt machen die Personen da nichts als Flyer rauszugeben und darauf zu verweisen, wo es konkrete Hilfen gibt. Das wäre hilfreich.

Dann hatten wir den Punkt mit den Zahlen zum Ehrenamt; ich glaube, das kam von den Grünen. Wir als Arrival Support hatten im März und April 800 Freiwillige am Tag im Durchlauf. Inzwischen sind wir bei unter 100 am Tag und freuen uns, wenn es mal über 100 sind. Das reicht nicht. Die Stadtmission im Zelt, in der Welcome Hall hat dasselbe Problem. Sie haben große Probleme, gerade die Randzeiten des Tages gerade mit Ukrainisch sprechendem Personal zu füllen. Wir freuen uns aber sehr, dass von 100 Freiwilligen momentan 40 bis 45 Prozent Ukrainisch oder Russisch sprechen; das ist sehr hilfreich.

Das Thema Kommunikation wird Louie Schüth beantworten. – Es gab noch eine Frage von der FDP zum Thema Ansprechpartner vor Ort. Ja, es gibt Ansprechpartner vor Ort, die teilweise ja auch in der Lagerunde bzw. im Krisenstab sitzen. Telefonisch erreichen wir natürlich die LAF-Hotline und andere Hotlines; das ist durchaus manchmal hilfreich, auch wenn die Antworten, die man bekommt, nicht allzu hilfreich sind. Ich gebe Ihnen gerne ein Beispiel: Regelmäßig haben wir Themen an Vertreterinnen unten im Untergeschoss mitgegeben und konkrete Bedarfe geäußert, ganz konkret eine Liste von Ausgabestellen, wo Geflüchtete Dinge des täglichen Bedarfs bekommen. Im Hauptbahnhof verteilen wir ja Seife und so etwas, was man an Reisebedarf braucht. Das war irgendwann leer, und wir haben das irgendwann so priorisiert, dass nur noch Menschen, die heute angekommen sind, dort ihre Grundversorgung bekommen, wenn sie weiterreisen. Es braucht aber jede zweite Person in dieser Warteschlange, die sehr lang ist, Dinge des täglichen Bedarfs und ist schon länger in Berlin, und wir hatten keine Liste von Orten, wo man hingehen kann. Diese Liste habe ich persönlich gefordert. Das ist „mitgenommen“ worden, und seitdem ist nichts passiert; ich glaube, es ist vier Wochen her. Das ist traurig. Im Endeffekt haben wir es dann, glaube ich, selber gemacht; inzwischen existiert diese Liste. Dieses Muster zieht sich eben immer wieder durch, und da frage ich mich auch: Dann muss man es ja auch nicht mitnehmen, wenn nichts passiert. – Zu den Fragen kann ich mich äußern. Dann würde ich an Louie Schüth übergeben.

Vorsitzende Sandra Brunner: Louie Schüth, bitte!

Louie Schüth (Berlin Arrival Support, BAS): Zum Thema Kommunikation, zur Kollaboration zwischen freiwilligen und Senatsstrukturen, weil es viel in den Fragen vorkam: Faktisch ist es so, dass wir viele offene Kanäle haben; das habe ich auch deutlich als positiv herausgestellt. Es gab am Anfang zweimal täglich einen Krisenstab, dann einmal täglich, dann zweimal wöchentlich, und die jetzige Perspektive ist aufgrund der zurückgegangenen Zahlen einmal wöchentlich. Wie entsteht also trotzdem bei den Leuten, die nicht an diesem Krisenstab teilnehmen, am Boden der Tatsachen sozusagen, der Eindruck, dass nicht zugehört wird? – Das kann einmal daran liegen, dass wir sehr unterschiedliche Strukturen sind. Eine freiwillige Struktur ist sehr schnell, sehr wendig, und wir schaffen sehr viele Lösungen für Probleme innerhalb von sehr kurzen Zeiten. Auf der anderen Seite ist eine staatliche Struktur träger und bürokratischer. Ich denke, da hat es lange gedauert und hakt einfach an vielen Stellen immer noch, sich zu verständigen und Probleme auf die gleiche Art und Weise zu lösen.

Gleichzeitig ist es aber auch so, dass wir besonders in der Anfangszeit das Gefühl hatten, dass unsere Anliegen, die wir in den Krisenstab bringen, nicht auf dem gleichen Level stehen wie die Anliegen anderer Partner. Woran das liegt, sei dahingestellt, aber es hat für viele unserer im Tagesgeschäft sehr dringenden Anliegen sehr lange gedauert, Antworten zu erhalten und auch ganz offen die Prozesse offenzulegen, warum Dinge so und so lange dauern usw. usf. So kommt dann eben am Ground bei jemandem, der nicht in diesen Prozessen involviert ist, hauptsächlich an: Die Forderungen, die ich stelle und abgebe, kommen nicht in einer angemessenen Zeit zurück.

Zu den Angeboten, die es jetzt im Hauptbahnhof gibt: Viele der Angebote sind jetzt aufgrund der zurückgegangenen Zahlen im Hauptbahnhof selber, im Untergeschoss, beendet worden und sind auf die Welcome Hall verlagert worden. Das ist nach den jetzigen Zahlen. Sollten diese wirklich so bleiben, werden wir am Ende des Monats sehen, wie es klappt. Kann gut klappen, kann nicht gut klappen. Allerdings haben wir da eben die große Sorge: Gibt es ein Konzept dafür, wenn diese Zahlen wieder rapide ansteigen? – Wir sehen noch nicht, dass dieser Plan vorliegt. Wir wissen nicht, inwieweit es möglich sein wird, die freiwilligen Strukturen einfach von einem Tag auf den anderen wieder hochzufahren, weil das eben Menschen sind, die in den letzten Monaten sehr viel Lebenszeit geopfert haben und sich auch erst mal wieder ihrem Leben zuwenden müssen.

Das Catering wird damit dann auch beendet, das gab es auch bei uns unten. Das ist tatsächlich eine eher positive Geschichte, dass wir dann nach einigem Hin und Her in den ersten zwei bis drei Wochen in der Lage waren, auch diese Bedarfslisten, die wir aus unserer eigenen Erfahrung bei der Essensausgabe hatten, umzusetzen – wie gesagt, nach einigem Hin und Her, aber das ist dann letztendlich so gelaufen, wie wir uns das vorgestellt haben.

Welche Unterstützungsmaßnahmen brauchen wir konkret? – Nils von Harlessem hatte das kurz schon einmal angesprochen: Die Kapazitäten des Respect-Teams oder anderer Möglichkeiten müssen auf jeden Fall ausgebaut werden. Es braucht psychologische Unterstützung vor Ort. Es ist einfach so, dass das nicht alles auf Tegel verlagert werden kann, weil in der Realität der Hauptbahnhof ein Ort ist, zu dem Menschen zurückkehren; sei es, weil sie von Tegel abgewiesen wurden oder weil sie sich nicht trauen, nach Tegel zu gehen, oder weil sie in irgendeiner Weise durch die Strukturen fallen. Es braucht am Hauptbahnhof, an dem wir täg-

lich erleben, dass die Menschen dann doch wieder ankommen, psychologische Unterstützung und eine Struktur, die sich um diese komplexen Fälle kümmern kann, auch wenn wir nicht mehr da sind. Es kann eben nicht sein, dass sowohl das Respect-Team als auch die Stadtmission als auch Tegel schon bei uns auf dem Diensthandy angerufen haben, damit wir in letzter Instanz wieder ein komplexeres Problem lösen. Es muss eine andere Instanz geben, die sich dann darum kümmert, und nicht wir die Verantwortung dafür haben. Das ist der zentrale Punkt, warum wir das Gefühl haben, noch nicht gehen zu können, und in gewisser Weise wollen wir entlastet werden, damit wir sozusagen wieder schlafen können. Es gibt wirklich Menschen, die an diesem Punkt wahnsinnig übernächtigt sind.

Zum Abschluss doch noch einmal zu positiven Erfahrungen – schon kurz angesprochen –: Das Catering war unserer Meinung nach eine Erfolgsgeschichte. Es hat lange gedauert, aber es hat sich so eingestellt, wie wir uns das vorgestellt haben. Das Respect-Team war eine große Entlastung für uns. Wir haben uns sehr gefreut, dass es auch auf niedrigschwelliger Ebene mit uns zusammengearbeitet hat und auch über unsere Strukturen und Briefings mit implementiert wurde. Wir sehen den Willen, mit uns zusammenzuarbeiten, auf jeden Fall, obwohl wir eine sehr andere, vielleicht sehr ungewöhnliche Struktur sind, die in der Zusammenarbeit eben auch zu Sand im Getriebe führen kann.

Vorsitzende Sandra Brunner: Danke schön, Louie Schüth! – Dann hat jetzt das Wort Frau Abdirizak Abdikarim. – Bitte schön!

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): To answer some of the concrete questions that were given to us specifically around documentation for Ukrainian born children a point of clarification: In Ukraine, citizenship is also based upon being born in the Ukraine, so these children of third country nationals are actually Ukrainians. It becomes quite important as they undergo the registration processes here in Berlin and in other parts of Germany and in the EU that they have some sort of documentation for their children because therefore they get the rights of Ukrainian citizens in the EU.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Ein Punkt zur Klärung ist, dass die Kinder, von denen wir sprechen – die Kinder von Drittstaatlerinnen und Drittstaatlern in der Ukraine, die in der Ukraine geboren sind –, in einer gewissen Art vor der Beantragung der Staatsangehörigkeit stehen. In der Ukraine ist die Situation so, dass die Staatsbürgerschaft beantragt werden kann, wenn man dort geboren ist. Das ist wichtig für die aufenthaltsrechtliche Situation in Berlin, in Deutschland und in der EU.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): What can be done to help? – We would first like the documents that the parents do have, that are not identification documents per se, to be at least looked at and accepted as possible in-between documents for the time being while these things are being clarified.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Was kann getan werden, um in dieser Situation zu helfen? – Wir fordern, dass die vorhandenen Dokumente in der Zwischenzeit anerkannt werden, bis eine Möglichkeit für die Beantragung der nötigen Dokumente geschaffen wird, und auch eine Unterstützung bei den verschiedenen Botschaften, dass die Dokumente auch innerhalb Deutschlands beantragt werden können.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): We would also like a clarification of travel back to Poland and the Ukraine to get these documents updated and to have some sort of documentation that these parents who go back to get the documents can re-enter the EU and re-enter Germany.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Wir möchten auch eine Klärung der Rückreisemöglichkeiten von Drittstaatlerinnen und Drittstaatlern, die nach Polen reisen, um diese Dokumente zu beantragen.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): For the question about discrimination at the different offices; examples and what can help: We would like clarity of the legal status as we have mentioned before. That takes away the decision making from the individuals who are working in the offices, but instead we have a clear legal landscape for third country nationals and other BIPOC people.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Zur Diskriminierung bei den Behörden, die erwähnt wurde: Wir möchten eine Klärung der rechtlichen Situation, um die Entscheidungssituation von individuellen Akteurinnen und Akteuren in diesen Behörden wegzubringen und stattdessen konkrete vorab geklärte Schritte einzuführen, um solche Sprüche zu vermeiden wie: Drittstaatlerinnen und Drittstaatler sollen zurück nach Afrika –, und dass keine migrationsrechtlichen Entscheidungen zum Beispiel in Sozialämtern getroffen werden.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): Another thing that we think could help would be the presence of an easy identifiable personal who is dedicated to anti-discrimination and who takes in reports at each of the ports of entry as well as the main arrival centres.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Eine weitere Sache, die wir für gut halten, wäre die Präsenz einer unabhängigen Person, die dafür zuständig ist, Diskriminierungsfälle an jedem Ankunftsort und im Ankunftszentrum zu dokumentieren.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): In addition, while we have had many positive changes in this regards, we need to make sure that there are multiple languages and translators available at each of our offices. They need to be able to speak English, French, Arabic, Farsi, Ukrainian, and Russian as we have a diverse group of refugees arriving to Berlin.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Obwohl wir in letzter Zeit positive Schritte gesehen haben, ist es uns wichtig, dass auch in den Sozialämtern und anderen Behörden andere Sprachen wie zum Beispiel Englisch, Französisch, Arabisch und Farsi, dazu auch Ukrainisch und Russisch, berücksichtigt werden, weil wir eine diverse Gruppe von Geflüchteten haben, die ankommen.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): In regards to discrimination in our work with volunteers at Hauptbahnhof, we would like to make it clear that we have worked with Berlin Arrival Support to make sure there is a very distinct and concrete anti-discrimination clause in our briefing given to every volunteer, and we are the only ones at our office who officially have this clause.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Zu Rassismuserfahrungen von Ehrenamtlern am Hauptbahnhof wollen wir betonen, dass wir in Zusammenarbeit mit Berlin Arrival Support eine

Antidiskriminierungsklausel als Teil unserer Briefings eingeführt haben, dass wir einen täglichen Austausch mit den Akteurinnen und Akteuren des BAS und auch ein Awareness Team etabliert sowie interne Problemformulare eingeführt haben, in denen die Ereignisse geschildert werden können, und dass wir die einzige Organisation sind, die das bis jetzt offiziell als Teil ihrer Strukturen etabliert hat.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): The next question we would like to answer relates to the accommodation, specifically for vulnerable groups and BIPoC people who are arriving here in Berlin.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Die nächste Frage, die wir beantworten wollen, nimmt Bezug auf die Situation von Unterkünften für BIPoC-Geflüchtete, die in Berlin ankommen.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): We would like to clarify that there is no specific government option for specifically third country nationals or BIPoC people but only community-led spaces by us and other [unverständlich].

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Wir wollen klarstellen, dass es zurzeit keine von der Regierung oder bezirklich gestellte Optionen spezifisch für BIPoC-Geflüchtete gibt, sondern nur von der Community betriebene sichere Orte, wo BIPoC-Personen untergebracht werden können.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): As a community, we cooperate with independent contractors at ASOG facilities to create spaces for BIPoC refugees as well as LGBTQI+ refugees.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Als Community kooperieren wir mit nicht vertragsgebundenen Partnern der ASOG-Einrichtungen, um Plätze für BIPoC-Personen und LGBTQI+-Geflüchtete zu schaffen.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): Obviously this is quite an effort on the part of the community and civil actors. We need assistance and funding and professionalising these accommodations and these offerings as well as clarifying with legal and social offices how to assist in the cost and also that these are recognised arrival points for refugees here in Berlin.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Es ist eine große Herausforderung für die Communitys, diese Plätze zu schaffen. Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung, besonders in der Überbrückung von finanziellen Leistungen, die bis jetzt von Vertragspartnerinnen und -partnern der Sozialämter und der Sozialen Wohnhilfe sehr schwer zu beschaffen waren, und bei der Kostenübernahme besonders für BIPoC-Geflüchtete aus der Ukraine in diesen ASOG-Einrichtungen. Wir brauchen dazu auch eine Anerkennung dieser Einrichtungen zum Beispiel beim LAF; dass sie auch als Unterbringungsorte der Bezirke für BIPoC-Geflüchtete und geflüchtete Personen allgemein gelten.

Vorsitzende Sandra Brunner: Frau Abdirizak Abdikarim! Kommen Sie bitte zum Schluss?

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): Yes. – We would like to – as the others – end on a positive note. We really appreciate and know that our presence has mattered in shaping the process for those arriving here in Berlin.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Wir wollen mit etwas Positivem enden. Wir sehen und merken, dass unser Engagement einen positiven Einfluss auf die Situation in Berlin gehabt hat.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): We have had many experiences where our presence has allowed for quick regulation and public communication of rulings, especially for bi- and multinational families.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Wir haben gesehen, dass unsere Partizipation auch zu einer schnellen Regulierung und öffentlichen Kommunikation des Senats über den Umgang mit bi- und multinationalen Familien beigetragen hat.

Iman Abdirizak Abdikarim (EOTO e. V.): We appreciate to hear that the issues and legal status of third country nationals is at the top of the agenda and we are looking forward to hearing as quick as possible about what decisions can be made to extend the right to all those who are fleeing from Ukraine.

T. Vicky Germain (EOTO e. V.): Wir schätzen, dass die Situation von Drittstaatsangehörigen eine Priorität ist. Wir halten das für positiv und erwarten auch eine positive Rückmeldung zu der Lösung für besonders vulnerable Gruppen aus Drittstaatsländern.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Abdirizak Abdikarim! Vielen Dank, Frau Germain, für die Unterstützung! – Abschließend hat jetzt Herr Herzberg das Wort. – Bitte schön!

Roman Herzberg (Mingru Jipen e. V.): Ich habe mir drei Fragen aufgeschrieben. Eine war: Wie soll die Not- oder Zwischenunterkunft aussehen? – Ich muss das erst mal benennen, damit Sie ein bisschen einen Überblick haben: Es kommen fünf Roma-Gruppen aus der Ukraine. Eine davon sind Lovara, eine sind Kotlyar, es sind Khaladitka-Roma, es sind Russische Roma, die aber in der Ukraine leben, und es gibt Lawansen-Roma [phonetisch], die sehr arm sind, und die benötigen auch eine besondere Unterstützung. Bevor diese Personen nach Deutschland kommen, brauchen sie ungefähr zwei Wochen oder länger, bis sie ankommen. Wenn sie ankommen, sind sie erschöpft und so kaputt, dass wir manchmal so ein großes Mitgefühl haben, dass auch wir schon viele Male geweint haben. So frustriert und so kaputt sind die Menschen, und dann schicken wir sie nach Tegel. Leider ist es in Tegel so, dass man dort eine Nacht oder bis zu drei Tage übernachten kann, dann müssen sie zugeteilt werden, oder man schickt sie wieder zu uns zurück.

Ich benenne jetzt auch wieder grob das LAF. Sie haben gefragt, wie ich dazu komme, dass das LAF nicht mit uns zusammenarbeitet; dann erzähle ich Ihnen ein paar Sachen. Einmal haben sie 35 Leute zu uns geschickt. Sie haben mich angerufen und gesagt: Bei uns können diese Familien nicht übernachten, weil sie zu laut sind –, und dann hat man die 35 Leute zu

uns geschickt. Ein anderes Mal haben sie 14 Leute mit kleinen Kindern zu uns geschickt, und die Kinder haben Hausverbot bekommen, weil sie zu laut waren. Ich habe zum Bezirksbürgermeister Herrn von Dassel gesagt: Herr von Dassel, leider ist es so, dass man sich in Deutschland eine gewisse Lautstärke erlauben kann, aber die Roma haben so ein großes Temperament, dass sie diese Lautstärke überbieten. – Das bedeutet, sie fliegen überall raus. Der Bezirksbürgermeister von Mitte, Herr von Dassel, hat uns im März oder April – im März, glaube ich – über 40 Plätze organisiert, wo wir die Roma unterbringen konnten, aber sie waren so laut, dass sie nach einem Tag leider rausgeflogen sind. Und das passiert nicht nur in Tegel, sondern auch in Hotels – die Hotels rufen uns an und sagen, sie sind zu laut – und bei Privatpersonen. Dazu kommt noch, dass die Menschen sich nicht verstehen, wenn wir sie privat unterbringen. Da rufen uns Roma an und sagen: Wir müssen da raus! – Was ist passiert? – Die Menschen ziehen sich kurz an, oder sie laufen zu Hause in Unterhosen rum. – Ich sage: Das ist ihre Wohnung, ihr müsst damit leben. – Sie sagen: Aber in unserer Kultur geht das nicht, mein Bruder –; sie nennen mich Bruder oder Onkel. Was ist die Folge? Dann sagen sie zu mir: Wir übernachten lieber auf der Straße, bevor wir unsere Kultur verlieren.

Deswegen appelliere ich, dass wir eine vorübergehende Clearingnotunterkunft für diese Roma einrichten, damit sie psychisch zu sich kommen, damit sie sich ausruhen, damit sie richtig übernachten können. Es sind drei, vier verschiedene Sachen. Einige wollen weiterfahren, einige warten auf ihre Familie, und einige fahren zu ihrer Familie. Diese Unterkunft würde dazu führen, dass wir diese Menschen richtig zuordnen könnten. Dabei brauchen wir Unterstützung und auch die Zusammenarbeit mit dem LAF, wenn wir die Familien zuweisen, damit wir schon vorher ein bisschen wissen und eine Kontaktperson oder eine Trägerperson haben, wenn wir die Familie irgendwo hinschicken, sagen wir, nach Hamburg oder nach Kiel; damit wir dort vor Ort einen Partner finden und zusammen kooperieren und dann die Familie weiter begleiten können, damit die Familie einen richtigen Halt bekommt. Das ist das Ziel davon: dass sie eine Bleibe bekommen, dass sie zur Ruhe kommen und dass sie richtig zuteilt und nicht diskriminiert werden; dass sie richtig übernachten und ausschlafen können. Es sind kleine Kinder dabei, es sind Senioren dabei, und es sind Frauen. Letztes Mal haben wir 100-prozentig behinderte Frauen gehabt. Wir haben extra einen Brief geschrieben, damit sie, wenn Tegel sie zuteilt, in ein passendes Objekt kommen, damit das ordentlich dargestellt wird.

Vorsitzende Sandra Brunner: Herr Herzberg! Kommen Sie bitte zum Schluss?

Roman Herzberg (Mingru Jipen e. V.): Ja. – Was das LAF betrifft: Ich habe fünf Fragen an die Leitung geschickt: einmal, dass wir zwischen 19 und 20 Uhr zwei Leute vor Ort schicken möchten, damit für die Menschen, die wir vom Hauptbahnhof nach Tegel zuteilen, eine Sprachmittlung stattfindet, damit die Menschen nicht zurückkommen, damit sie zur Ruhe kommen und übernachten können. Das wurde abgelehnt. Wir haben gefragt: Können wir täglich erfahren, wohin die Zuteilung erfolgt, damit wir die Familien ermuntern oder jemanden in diesen Städten aussuchen können? – Wir arbeiten mit verschiedenen Trägern zusammen; damit wir, wenn die Familie zuteilt wird, schon vorher Kontakt aufnehmen können, damit die Familien in Leistung kommen, damit sie einen Partner bekommen. Das haben sie beim LAF leider auch abgelehnt. Ich wollte einen persönlichen Termin mit dem Leiter vereinbaren – leider hat er auch abgelehnt.

Vorsitzende Sandra Brunner: Herr Herzberg! Kommen Sie bitte zum Schluss?

Roman Herzberg (Mingru Jipen e. V.): Mein Schluss ist: Ich appelliere, den Menschen weiterzuhelfen. Täglich kommen zwischen 40 und 100 Roma, und die brauchen wirklich auch eine große Unterstützung wie alle anderen Flüchtlinge. Ich appelliere an alle: Wir brauchen Ihre Hilfe, damit wir für sie diese Clearingunterkunft anbieten können, damit die Menschen einen richtigen Halt bekommen und wieder richtig auf die Beine kommen und damit – –

Vorsitzende Sandra Brunner: Danke schön, Herr Herzberg! Ich glaube, der Punkt ist angekommen. –Jetzt hat für den Senat das Wort Frau Senatorin Kipping und anschließend Frau Staatssekretärin Christoph.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS): Vielen Dank! – Es gab ja ein bisschen Irritation von der Opposition, warum es bei einer von der Regierung in die Wege geleiteten Anhörung so viel Kritik gab. Ich will nur sagen: Wir haben immer gesagt, wir heißen kritische Hinweise willkommen, weil wir natürlich wissen: Es ist ein lernendes System, wir müssen alles nachbessern. Das heißt nicht, dass ich jede Kritik gerechtfertigt finde und nicht auch die eine oder andere zurückweise und das auch weiterhin tun werde. Ich will nur sagen: Das ist okay, das ist unsere Arbeitsweise. – [Beifall] – Wir wollen hier nicht nur Beifall bekommen. Aber ich wehre mich natürlich auch, weil wir ziemlich viel machen.

Also: Hauptamtliche Strukturen gibt es natürlich; den Sozialdienst in Tegel, am Hauptbahnhof das Respect-Team mit 40 Leuten. Das Catering haben wir nach und nach übernommen. Das Willkommenszentrum auf der Potsdamer Straße macht ja auch Beratungsangebote, wo auch Ukraine-Geflüchtete und Leute aus Drittstaaten hinkommen. Die Welcome Hall wird diesbezüglich auch noch mal in ihrer Struktur und ihrem Angebot weiterentwickelt. Da passiert also ganz viel, aber ich will gar nicht denken: Können wir das durch den Einsatz von irgendwelchen, sage ich mal, katastrophenschutzmäßigen Strukturen komplett ersetzen? –, denn nochmal: Ich glaube, die Fähigkeiten, die basisdemokratische Freiwillige und die Verwaltung mitbringen, sollten sich eher ergänzen. Deswegen will ich gar nicht beantworten: Können wir ohne sie klarkommen? –, sondern eher: Wie bekommt man eine bessere Ergänzung hin, weil es da noch mal einen anderen Blick gibt?

Zur weiteren Frage von Herrn Dr. Pätzold, was ich ganz konkret mitnehme: Über die Forderungen von BAS nach einem abschließbaren Raum haben wir vor ein paar Tagen schon gesprochen, das ist also ein Thema, an dem wir schon dran sind. Da geht es um die Kids' Corner, die ja ausläuft. Wir befürworten das, wir sind auch schon im Gespräch. Am Ende ist es eben das Grundstück der Deutschen Bahn, deswegen müssen wir das mit der gemeinsam lösen, aber da sind wir wirklich dran.

Zum zweiten Thema, dem Zugang von Mingru Jipen in Tegel: Dazu haben wir schon im Hintergrund gewirkt. Ich werde das jetzt einfach gegenüber unseren Auftragnehmern anweisen, dass Sie dort Zugang haben. – Das dritte Thema, Sprachmittler, ist uns bekannt. Das muss ich zugestehen: Da gibt es ein echtes Defizit. Es ist nicht so, dass wir dazu nichts gemacht haben; unendliche Gespräche mit dem LAF, überall. Es ist aber auch so, auch die Jobcenter melden das: Es ist gerade ein bisschen Mangelware, weil es einen extrem großen Bedarf daran gibt, aber da sind verschiedene Suchaufträge ausgelöst.

Eine weitere Forderung: kostenlose Rückreise; das steht ja auch in den Forderungen für heute. Auch da sind wir dran. Wir haben das sehr früh problematisiert; es ist am Ende jetzt eine Ent-

scheidung auch in Absprache mit dem VBB, an der noch unterschiedliche Akteure mitwirken müssen.

Dann zum Thema Diskriminierung: Es gibt ein ernsthaftes Problem. Roma erfahren an allen Stellen Diskriminierung, überall. Es gibt keine, die davon frei ist. Ich bin ja auch mal unangekündigt hingegangen, um überhaupt niemanden von den Funktionären zu treffen, sondern direkt die Freiwilligen, die wirklich gerade vor Ort waren, und habe sie gefragt. Da wurde gesagt: Natürlich gibt es „difficult situations“ zwischen allen Akteuren, nicht nur zwischen Polizei und Roma, nicht nur zwischen Sozialämtern und Roma, auch zwischen Freiwilligen und Roma. – Das ist eben eine anspruchsvolle Situation. Wichtig ist: Ich versuche, überall auszustrahlen und zu sagen: Entscheidend ist, dass die Menschen vor russischen Bomben fliehen mussten –, und habe deswegen auch bei der Romaday Parade gesprochen, um noch mal diese politische Botschaft zu senden: Wir sagen allen, das sind genauso Geflüchtete wie andere Ukraine-Geflüchtete. – Das Zweite, was man dagegen machen kann, sind diese Sensibilisierungs-Workshops; da müssen wir noch mehr machen. Die Sozialämter sind eben bei den Bezirken, aber wir kommunizieren auch dorthin.

Das Nächste ist: Das ist genau der Punkt, an dem auch die Freiwilligen etwas Besonderes leisten können. Deswegen haben wir zum Beispiel auch mit EOTO und BAS einen Förderantrag gemeinsam entwickelt und abgestimmt. Es kann ja sein, dass es Defizite bei der Kommunikation gibt, aber wenn Verwaltungskrisenstab und Initiativen sich gemeinsam Gedanken machen: Wie könnte das passen? –, das zusammen entwickeln und abstimmen – dann, finde ich, kann man jetzt nicht behaupten, es gibt gar keine Kommunikation. Das machen wir jetzt auch nicht in allen Fällen.

Zu der Frage der FDP nach nicht sichtbaren Behinderungen: Es gibt in Tegel einen Selbstauskunftsbogen, in dem die verschiedensten Sachen abgefragt werden, und wenn ein potenzieller Pflegebedarf ermittelt wird, bekommt die Person Dolmetscher, Ärztin und Pflegekraft, und dann wird sehr individuell nachgefragt. Das geht bis dahin: Meine Mutter, die mit geflohen ist, soll nicht wissen, dass ich Krebs habe. Wie geht man damit um? – Da gibt es ein Verfahren, das wir aufgesetzt haben, und wobei wir nicht sagen, das ist ein Einzelfallproblem.

Jetzt zu dem strukturellen Problem, das wir haben: Die aufenthaltsrechtliche Situation von Drittstaatlern und damit auch von einem Teil der Roma ist vom Bund nicht gut geklärt. Wir haben aber vom Bund eine Vorgabe bekommen: Sozialleistung und Unterstützung, selbst Unterbringung, darf nur bei Leuten erfolgen jenseits der Nothilfe, die registriert sind. Wir haben in Berlin diese Phase sogar noch ein Stück herausgezögert, weil wir das erst mit allen Sozialämtern abstimmen wollten und, und, und. Wir haben gesagt: Nothilfe muss es immer geben, aber solange wir keine klare Regelung dafür haben – – Meine parteipolitischen Drähte in die Bundesregierung sind etwas begrenzt; wenn jemand also noch die Möglichkeit hat – – Denn das Beste wäre eine bundesweite einheitliche Regelung für die Drittstaatlerinnen, weil ansonsten ganz komische Verzerrungseffekte entstehen. Wenn man dafür etwas machen könnte – – Ich weiß, dass das viele davon abhält, sich registrieren zu lassen, und sie dann nicht in die organisierten und offiziellen Hilfestrukturen reinkommen.

Abschließend: Ich freue mich sehr, dass Regierung wie Opposition sich so stark hinter die Forderungen der Freiwilligen stellen, weil das am Ende auch uns den Rücken stärkt; denn ich ahne ja eher, dass in ein paar Monaten, wenn die Rechnungen kommen und auf Papier

kommt, was wir alles schon ausgegeben haben – auch wenn das nie genügend und nie ausreichend ist –, dann womöglich die Kritik von der anderen Seite kommt: Wie konntet ihr nur so viel Geld ausgeben! – Ich nehme das jetzt als Rückenwind, dass wir das Geld auch wirklich immer in die Hand nehmen sollen. – Und: Es ist ja eigentlich untypisch, dass man fragt, welcher Mitarbeiter wie oft wo ist, aber weil wir uns nicht zu verstecken haben, werden wir auch diese Antwort liefern, Frau Dr. Jasper-Winter.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Senatorin Kipping! – Es hat jetzt das Wort Frau Staatssekretärin Christoph. – Bitte!

Staatssekretärin Wenke Christoph (SenIAS): Vielen Dank! – Ich würde mich gern auch noch mal dem umfangreichen Dank an die ehrenamtlichen Organisationen, die heute hier Teil der Anhörung sind, anschließen, und ähnlich wie Frau Senatorin Kipping sagen: Das ist genau das, was wir die letzten drei Monate gemacht haben – auch die Auseinandersetzung hier im Ausschuss nehme ich mit offenem Visier –, immer wieder mit vielen Angeboten der Kommunikation und des Austauschs, auch wenn man nicht immer die gleichen Positionen hat, aufeinander zuzugehen und zu schauen, wie wir Probleme lösen können. Insofern vielen Dank auch noch mal für die Einberufung dieser Anhörung an den Ausschuss!

Mir ist es wichtig, dass wir, ähnlich wie die Senatorin das gesagt hat, möglichst viele Menschen in die Hilfe- und Unterstützungsstrukturen bekommen, die dafür auch zur Verfügung stehen, und dafür arbeiten, dass Diskriminierungssituationen, diskriminierende Strukturen insofern abgebaut werden, dass eben der Zugang geregelt und möglich ist; weil wir, glaube ich, ansonsten tatsächlich in schwierige Situationen kommen können; dass Menschen über Wochen und Monate prekär leben, gerade zum Beispiel Romnja und Drittstaatsangehörige; wir haben es heute gehört. Das ist ein ganz wichtiges Ziel nicht nur für uns als Landesregierung, sondern eben auch in Richtung des Bundes, wo im Interesse der Menschen nachgesteuert werden muss und woran wir auch wirklich ein gemeinsames Interesse haben: dass Menschen sich nicht über Wochen und Monate irgendwie prekär durchschlagen müssen, abhängig von ehrenamtlichen Strukturen, sondern dass sie den Zugang zum Beispiel zu den Jobcentern, zu Sprachkursen, zu Unterbringung usw. usf. auch bekommen.

Ich würde auch gerne noch mal auf einen weiteren Punkt eingehen, weil die Abgeordnete Wahlen einen ganz konkreten Fall, einen sehr aktuellen Fall, eingebracht hat. Herr Delius ist sofort in die Spur gegangen, und wir haben nachgeprüft, dass die beiden Menschen, die Sie angesprochen haben, die von einer ehrenamtlichen Organisation evakuiert worden sind, auf dem Weg nach Tegel sind. Die Strukturen in Tegel sind entsprechend vorbereitet. Auch das Pflegepersonal ist vor Ort, sie freuen sich auf die Menschen und werden sich entsprechend um sie kümmern. Das muss also eine Fehlinformation sein, dass da irgendjemand irgendetwas abgelehnt hätte. Wir haben das sofort nachgeprüft, dass die Betreuung und die Unterstützung dort vor Ort geregelt ist; auch ohne Intervention, sondern das war alles schon vorbereitet.

Insofern wollte ich noch mal zeigen: Sprechen Sie uns weiter an! Wir sind dafür da, dass wir, wenn solche Probleme und Fragen auftauchen, sie lösen. Das ist unser Krisenstab, das ist die Landeskoordinierungsstelle, gerade für Menschen mit Pflege- und Eingliederungshilfebedarf, und das sind natürlich auch die Taskforce und der Krisenstab von LAF und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Wir wissen, dass nicht alles immer perfekt läuft – das hat

die Anhörung heute auch gezeigt –, aber dann sind wir eben auch dafür da, die Probleme gemeinsam mit Ihnen zu lösen. – Vielen Dank! – [Beifall] –

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Herr Delius, bitte, für den Krisenstab der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales!

Martin Delius (SenIAS): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will das, was gefragt worden ist, nicht ganz so auf mich bezogen beantworten. Ich bin seit Ende März zusammen mit meinem Kollegen in der Leitung des Krisenstabs und war anfänglich so gut wie täglich vor Ort. Ab und zu muss man dann auch mal Bürotätigkeiten in der Senatsverwaltung erledigen, insbesondere Rechnungen bearbeiten, deswegen bin ich nicht die ganze Zeit da, leite aber – das wissen die meisten der Anzuhörenden auch, weil sie mich da regelmäßig sehen – auch die Lage im Hauptbahnhof.

Was macht der Krisenstab? – Wir sind eine Organisationseinheit bestehend aus Freiwilligen, Abgeordneten, der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und vielen anderen – der Senatskanzlei, den Senatsverwaltungen für Bildung, Jugend und Familie, für Kultur und Europa sowie für Wirtschaft, Energie und Betriebe, also so ziemlich allen Senatsverwaltungen –, die sich – wer das von den Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren kennt – nach DV 100 organisiert, also in verschiedenen Teilstäben: Sichtung, Lage, Lenkung, Steuerung und Leitung. Wir sind am Hauptbahnhof seit jeher, also seit es den Krisenstab für die Ukraine gibt, mit einem eigenen Team vor Ort, das auch im Schichtbetrieb ganztags da ist. Auch das wird jetzt wegen der geringen Ankunftsahlen zurückgefahren, kann aber auch jederzeit wieder hochgefahren werden. Es ist ein wichtiges Anliegen der Freiwilligen, dafür Vorbereitungen zu treffen, das wir aufnehmen.

Wie oft ich vor Ort bin, spielt deswegen gar nicht so sehr eine Rolle. Ich kann nur sagen, dass wir im Zweifel auch in Tegel sind. Wenn über Nacht mehrere Hundert Evakuierte aus dem Donbass kommen, machen wir dort in Tegel auch ganze Nächte. Das gilt nicht nur für mich, das gilt auch für andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir im Krisenstab, in der Senatsverwaltung und im LAF haben. Insofern kann ich hier nur noch mal meine Hochachtung vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Ausdruck bringen.

Dazu – weil noch die Frage nach der hauptamtlichen Arbeit vor Ort kam – vielleicht ein paar ganz langweilige Zahlen: Wir haben zwei Ärztinnen bzw. Ärzte vom DRK fast den ganzen Tag vor Ort am Zelt und mehrere Angehörige des Sanitätspersonals, das wir auch finanzieren. 42 Personen von der Stadtmission sind hauptamtlich in der Welcome Hall Land Berlin plus Ehrenamtliche, die die Stadtmission managt. 44 Personen sind derzeit im Respect-Team. Das ist auch schon angesprochen worden; das muss durch hauptamtliche Sprachmittlerinnen und -mittler verstärkt werden. Da sind wir noch nicht so weit, das hat die Senatorin auch gesagt. Nach meinen Zahlen gibt es sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Trägern der Jugendhilfe, die die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie organisiert, was den Kinder- und Jugendschutz angeht, sowie mehrere Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamts Mitte und mehrere Mitarbeiterinnen des Trägers, der die Kids' Corner organisiert. Die läuft aus, das Angebot wird aber in der Halle durch den Kinder- und Jugendschutz und die Träger dort fortgesetzt.

Der Krisenstab selber ist je nach Lage und Situation in den letzten Monaten mit zwei bis sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Hauptbahnhof aktiv, und nicht zu vergessen auch die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Malteser; das sind eigentlich auch Ehrenamtliche, aber sie sind ganztags da. Wir sind als Krisenstab, auch wenn wir nicht vor Ort sind, telefonisch immer erreichbar. Diese Erfahrung haben auch die Kolleginnen und Kollegen der freiwilligen ungebundenen Hilfskräfte schon gemacht. Mein Co-Leiter und ich – verzeihen Sie mir, wenn ich den Namen nicht erwähne; da halte ich mich immer ein bisschen zurück – sind 24/7 erreichbar, immer, zu jeder Tages- und Nachtzeit. Die Erfahrung haben auch verschiedene Mitarbeitende von Ihnen, liebe Abgeordnete, schon gemacht. Insofern freue ich mich weiter auf konstruktive Zusammenarbeit. – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Brunner: Danke schön, Herr Delius! – Jetzt hat das Wort Frau Staatssekretärin Träsnea. – Bitte!

Staatssekretärin Ana-Maria Träsnea (SKzI): Vielen Dank auch von meiner Seite, hier noch mal Stellung beziehen zu können! – Ich möchte noch auf ein paar offene Punkte eingehen. Ich glaube, auch innerhalb dieser Anhörung haben wir alle miteinander erlebt: Ehrenamt kann man nicht erzwingen, Ehrenamt ist freiwillig und mit Herz, und dafür sind wir auch wirklich sehr dankbar. Gleichzeitig schauen wir, wie wir mit einer Kultur des Zusammenwirkens mehr für Entlastung und Unterstützung sorgen können. Unter anderem hat die Regierende Bürgermeisterin stets dafür geworben, auch mit einer Kampagne in den sozialen Medien, dass die Bereitschaft zu Ehrenamt und Spenden auch weiterhin benötigt wird. Es sind viele Maßnahmen deutlich geworden, mit denen wir dieses Ehrenamt weiterhin unterstützen wollen.

Sie hatten noch gefragt, welche Beratungsmöglichkeiten bei einer Vereinsgründung oder Professionalisierung es gibt und wie der Senat an dieser Stelle unterstützen kann. Wir haben unter anderem im zivilgesellschaftlichen Beirat den Hinweis gegeben, dass das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und auch die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen an dieser Stelle unterstützen können. Es gibt auch die Deutsche Stiftung für Ehrenamt und Engagement des Bundes, die in enger Zusammenarbeit mit dem Land Berlin eine ganze Sparte im Bereich Vereinsgründung etc. hat. Das wird noch mal ein Thema im zivilgesellschaftlichen Beirat im Juli sein, zu dem auch Frau Senatorin Kipping eingeladen ist und eine nähere Evaluation und neue Impulse dazu vorstellen wird, wie der Rechtskreiswechsel funktioniert. Das ist der eine Teil, und zum anderen wird dort ein neues Förderprogramm des Bundes im Rahmen des Ukraine-Ehrenamts vorgestellt. Bei Bedarf – ich erkenne jetzt an, dass es nach wie vor Bedarf gibt – stelle ich gerne noch mal den Kontakt her, wenn das gewünscht ist. – Das noch mal als Ergänzung von mir dazu, und vielen Dank auch von meiner Seite für die Anhörung heute!

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Dann vertage ich jetzt die Besprechung, bis uns das Wortprotokoll vorliegt und wir die Anhörung gemeinsam auswerten können. – Ich bedanke mich im Namen des Ausschusses ganz herzlich, dass Sie heute da gewesen sind, und wünsche Ihnen weiterhin viel Kraft, viel Mut und viel Durchhaltevermögen für Ihr Engagement! Herzlichen Dank! – [Beifall] –

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0030](#)
Stand der Umsetzung der
Landesaufnahmeprogramme Berlins
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) IntArbSoz
- b) Antrag der AfD-Fraktion [0012](#)
Drucksache 19/0170 IntArbSoz
Asylunterkünfte sind zu nahezu 100 Prozent
ausgelastet – Landesaufnahmeprogramm (LAP) für
Afghanen streichen

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.